



Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

21. Sitzung des Reichstages. (30. November.)

1 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Fürst Bismarck, Delbrück, Geh. Rath Herzog u. A.

Die erste Verhandlung des Landeshaushalts-Gesetzes für Elsaß-Lothringen auf das Jahr 1875 in Verbindung mit der Anleihe wird fortgesetzt. Abg. Winterer (Bismarck): Die Verbindung des Staats mit einer Anleihe weist sofort auf die frapante Thatsache hin, daß eines der ergiebigsten Länder und zugleich ein schuldenfreies eine Schuld aufnehmen soll für Ausgaben, zu denen es nicht zu sagen hat. Der Staat selbst ist im Geheimen ausgearbeitet, der zukünftige Landesauschuss ist ebenfalls mit einer unentschiedenen Vorliebe für geheimes Verfahren projectirt — man gestatte uns Ultramontanen eine Zeitung herauszugeben und wir werden der Verwaltung für ihre Verfügungen, ihr Thun und Lassen möglichst zur Oeffentlichkeit verhelfen. Als Hauptmotive der Anleihe werden Ausgaben dargestellt, die aus der Zusatzconvention vom 1. December 1871 entstanden sind. Ich kann kaum begreifen, wie solche Ausgaben jetzt erst, nachdem die gemischte Commission am 22. December 1872 und 6. September 1873 ihre zwei Hauptliquidationen abgeschlossen hat, jetzt erst erscheinen. Die Verwaltung von Elsaß-Lothringen hat aber anderen Ausgaben den Vorrang gegeben, die nicht gerade zu ökonomischen, sondern zu politischen Zwecken, nicht sowohl im Interesse der Reichslande, als vielmehr der Reichspolitik unternommen sind. Unser Budget ist berechnet vom Standpunkte der Reichspolitik, und von dieser Erbünde wird es auch nicht durch die Tausche befreit werden, die es jetzt in seinem vierten Jahre durch das Parlament erhalten soll. Man beruft sich auf verschiedene Ausgaben, die man zu leisten gehabt hätte.

Nach dem Abschluß der gemischten Commission vom 22. December 1872 mußte Deutschland an Frankreich zahlen 6,659,000 Fr., allein die Franzosen hatten 17,159,000 Fr. zu zahlen; nach dem Abschluß vom 6. September 1873 hatte Deutschland eine Verpflichtung von 5,233,000 Fr., Frankreich eine solche von 8,133,000 Fr. Es ist mir nicht klar, wie es sich da mit Ausgaben von Seiten Deutschlands stellt. Dann werden die Ausgaben für die Kinderpest angeführt; die Motive selbst aber sagen, die Kinderpest sei unmittelbar im Gefolge des Krieges und noch während des Krieges selbst gekommen; die Beseitigung der Strahlen, für deren Beseitigung ebenfalls Ausgaben gefordert werden, ist ebenfalls eine Folge des Krieges und man hätte also lieber eine Kriegs-Schuldigung an die Reichslande zahlen, als für sie eine Anleihe aufnehmen sollen. Aber nein, die ruinirten Straßen mußten von den Gemeinden verbessert werden. Was die Straßburger Universität angeht, so bin ich mit der überwiegenden Mehrzahl der Elsaß-Lothringer der Ansicht, daß es damit nicht solche Eile gehab hätte. Aber die Universität ist nicht im Interesse der Reichslande, sondern im Interesse der Reichspolitik gegründet worden; sie sollte zur Germanisirung beitragen und ein Bollwerk in dem sogenannten Culturkampf bilden. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Zahl der Schüler aus dem Reichslande ist auch eine sehr geringe. Dann hat man Ausgaben gehabt zur Beschaffung von Dienstgebäuden. Waren denn die nicht auch schon zur Zeit der Annexion vorhanden? Und wenn sie nicht hinreichten, konnte man dann mit ihrer Beschaffung nicht bis zu gelegenerer Zeit warten, und erst nöthigere Ausgaben betriebsig? Die Motive sagen, eine Ermäßigung der Ausgaben sei nicht thunlich gewesen; das bestreite ich. Die Veranlassung von Domänen sei schlimmer, als eine Anleihe. Dem kann ich nur zustimmen; denn eine Schuld muß man früher oder später bezahlen, verkaufte Domänen aber pflegen in heutiger Zeit nicht wiederzukommen. Die Erhöhung der Steuern würde unannehmlich werden; das ist allerdings richtig. Die Staatssteuern sind zwar nicht erheblich gestiegen, desto mehr aber die Bezirks- und Gemeindesteuern.

Der Etat für Mülhausen wies kurz vor dem Kriege nach an Staatssteuern 685,871 Frs., an Bezirkssteuern 173,817 Frs., an Gemeindesteuern 187,315 Frs. auf; der Etat für 1874 dagegen an Staatssteuern 716,000 Frs., an Bezirkssteuern 207,967 Frs., an Gemeindesteuern 348,000 Frs. Die Vermehrung der Bezirks- und Gemeindesteuern ist besonders dadurch entstanden, daß die Verwaltung Kosten, welche dem Staate zuzufallen, auf die Kommunen zu übertragen verstanden hat. Der Abg. Braun hat uns die Industrie des Elsaß als blühend geschildert, er sehe sich aber die lange Liste der Fallimente an, und höre die Industriellen im Elsaß selbst, dann wird er vielleicht anderer Meinung sein. Wenn das so fortgeht, sagte mir kürzlich einer der ersten Industriellen Mülhausens, dann weiß ich nicht, was in 10 Jahren aus dem industriereichen Mülhausen werden soll. Der Geh. Rath Herzog hat uns zum Trost auf Baden verwiesen, aber Baden ist ein schwer verschuldetes Land und es als Musterstaat aufzustellen ist eben Geschmackssache. (Weiterkeit.) Ich behaupte, daß eine bedeutende Ermäßigung der fortwährenden Ausgaben möglich wäre, wenn man die tendenziösen Ausgaben nicht so hoch auswärfe. Man könnte z. B. den Dispositionsfonds des Oberpräsidenten ermäßigen, der hauptsächlich für Polizeizwecke bestimmt ist. Woju noch außerordentliche Polizeibedarfnisse in einem Lande, das von Polizeigenossen froht. Ferner haben wir neben den alten Präfecten, die man jetzt Präfecten nennt, noch die Kreisordnungen mit 20 Kreisdirectoren, die uns eine ungeheure Summe kosten. Ebenso sind für die Verwaltungen der directen Steuern und der Zölle u. s. w. große Summen in den Etat eingestellt. Man sollte aber die bei diesen Verwaltungen angestellten Beamten hinsichtlich ihrer Moralität prüfen; der Herr Bundescommissar weiß jedenfalls viel besser als ich die Zahl derjenigen Beamten, die ihr Amt untreu verwaltet haben, die vor Gericht gezogen oder mit den Kassen davon gelaufen sind. Eine fernere Ermäßigung wäre möglich bei dem Budget des öffentlichen Unterrichts. (Bewegung links.)

Auf diesem Gebiete ist das Geld des Elsaß nach meiner Ueberzeugung vergeudet worden. (Lebhafter Widerspruch.) Der Unterricht ist dadurch nicht gehoben, sondern das Elsaß hat mit seinem schweren Gelde ein Fortschrittswerk der schlimmsten Art bezahlen müssen. In meinem Wahlkreis habe ich diese Frage betont und 20,000 Wähler haben mir beigegeben. Man hat dem Lande im Interesse des Culturkampfes Anstalten aufgezogen, die ihm zuwider sind. Warum hat man die klotterlichen Anstalten aufgezogen, die dem Lande nichts oder wenig kosten? (Lebhafter Widerspruch.) Auf: Jesuiten! Nein, es waren keine Jesuiten. Der Abg. Dunder hat in Aussicht gestellt, daß man noch energischer in dieser Beziehung vorgehen werde. (Sehr richtig! links.) Die Herren von der Fortschrittspartei sind Männer der Freiheit, ich weiß nicht, was man hier zu Lande unter Freiheit versteht. (Weiterkeit.) Im Elsaß versteht man darunter den Schutz des Reiches des einzelnen Menschen, des Reiches der Familie den Annahmen des Staates gegenüber. (Beifall im Centrum.) Wir verstehen darunter etwas mehr als bloßes Stimmzettel in die Urne zu legen, wir erkennen darin größere sociale Rechte und vor allem das Recht der Erziehung seiner Kinder. (Große Heiterkeit. Beifall im Centrum.) Wenn das Princip der Majorität dieselbe des Rheines gilt, dann mag es auch jenseits gelten, eine Bevormundung von hier weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. (Beifall im Centrum.) Man hätte uns verdonnern sollen mit den Wanderlehrern, mit den Ader- und Viehwandlern, wenigstens so lange, bis die Herren wissen, wie es mit dem Ader- und Viehwandern im Elsaß steht. Ebenso könnte man die Kosten des Bezirks- und Gemeindesteuerstreichen. Vor dem Erscheinen vom 29. October und nach demselben kennen wir nur die Dictatur; vorher war es eine offene Dictatur, jetzt verdeckt sich dieselbe hinter 30 Elsaß-Lothringern, so viel sich eben eine so colossale Gestalt verbergen kann. (Weiterkeit.)

Die Vorlage über die Anleihe soll das Außerordentliche und Unmögliche schaffen, das ein Wesen, das nicht existirt, schon Schulden machen soll. Wenn man also den berühmten Satz des Kartesius: „cogito, ergo sum“, verändern könnte in „debeo, ergo sum“, ich habe Schulden, also existire ich, dann würde das Elsaß wissen, daß es existirt. (Große Heiterkeit.) Daß der Reichstag für Elsaß-Lothringen keine Anleihe bewilligen kann, dafür habe ich einen Bezeugen anzuführen, der bei der Majorität gewichtig sein wird. Im Jahre 1871 sagte dieser Zeuge, daß dem Reichstage nicht das Recht beizubehalten könne, für Elsaß-Lothringen eine Schuld zu contrahiren, wenn es nicht selbst gefragt wäre. Dieser Redner war der Fürst Reichskanzler. (Hört! hört! im Centrum.) Damit bin ich vollkommen einverstanden und erhebe deshalb sowohl im Namen meiner Committenten, als auch meiner Kollegen einen lauten

und entschiedenen Protest gegen die Aufnahme der beantragten Anleihe. Wenn Elsaß eine Schuld auf sich nehmen soll, dann soll man es erst befragen. (Beifall im Centrum.)

Fürst Bismarck: Ich halte es nicht für angemessen, auf die Einzelheiten in der Rede des Vorredners und seines engeren Landsmannes von der letzten Debatte einzugehen, weil die Standpunkte, auf denen wir uns befinden, zu inkompatibel sind, als daß wir zu einer Verständigung und einer Widerlegung, die gegenseitig überzeugend wäre, kommen könnten. Wir sprechen gewissermaßen verschiedene Sprachen und verstehen uns gegenseitig nicht, weil wir, obwohl wir deutsch sprechen, doch von verschiedenen Grundsätzen, die wir als leitend anerkennen, ausgehen. Der Redner hat dieses Inkompatibilität seines Standpunktes dadurch am Schärfften gezeichnet, indem er uns vorwarf, daß wir bei Anlegung der Universität Straßburg das Reichsinteresse und nicht die Elsaß-Lothringers Interessen im Auge gehabt. Meine Herren! Ich kann nur Reichsinteressen verfolgen und ich hoffe, daß die Elsaß-Lothringer mit der Zeit noch dahin kommen, daß sie das Reichsinteresse mit dem Elsaß-Lothringers für vereinbar erkennen. Bisher sind sie nicht auf diesem Standpunkte und deshalb ist eine Discussion über diese Dinge ziemlich unfruchtbar. Ja, meine Herren, wir haben die Universität im Interesse des Reiches, im Interesse der Reichspolitik angelegt, wie wir denn überhaupt die ganzen Landestheile im Interesse der Reichspolitik Deutschland einverleibt haben. (Sehr richtig! links.) Das mögen sich die Herren doch vergegenwärtigen bei ihrer Stellung innerhalb einer Körperschaft, die vierzig Millionen Menschen vertritt, daß sie nicht die Kirchthumsinteressen von Elsaß-Lothringen, sondern in erster Linie die Reichsinteressen verfolgt; (Beifall), daß wir die Reichslande in einem guten Kriege, in einem Vertheidigungskriege gegen Frankreich, gegen das wir uns unserer Haut wehrten, erobert haben. Nicht für Elsaß-Lothringen haben unsere Krieger ihr Blut vergossen, sondern für das deutsche Reich, für seine Einheit und den Schutz seiner Grenzen, damit die Franzosen bei einem neuen Angriffskriege, den Gott noch lange hinauschieben möge, den sie aber doch planen, nicht die Möglichkeit haben, durch die Ausfallsthore von Weißenburg und Straßburg in das Reich einzufallen.

Im Reichsinteresse und nicht im Interesse des Elsaßes haben wir diese Herren in unseren Schooß hier aufgenommen und sie an den Wohlthaten der Reichsverfassung Theil nehmen lassen. Nicht um Ihre Willen, m. H., wir können ohne Sie leben hier! (Weiterkeit), sondern damit wir bei der Entscheidung abgeneigten Kritik, die Sie an unsere Verwaltung legen, in den Verhandlungen hier, denen das ganze Land mit lebhafter Theilnahme folgt, etwaige Mängel dieser Verwaltung zu erkennen im Stande sind. Ich selbst bin ja den Herren sehr dankbar für Alles, was sie hier vorbringen und fähig mich getroffen. Wir sind eben Menschen und können nichts Anderes als Menschenliches leisten; und die Leistung wird uns durch das Widerstreben, was dort stattfindet, ja in hohem Maße erwirkt, und es ist nicht leicht, die brauchbarsten und tüchtigsten Elemente unter den Beamten dort sofort dauernd gewissermaßen auf der Wache zu erhalten. Ich halte es also im Ganzen immer für nützlich, daß diese Herren hier sprechen und alle Schattenseiten beleuchten. Ich schäme an dem ganzen Regime der neueren Zeit nichts so sehr als die absolute Oeffentlichkeit und es soll kein Winkel des öffentlichen Lebens dunkel bleiben. (Sehr gut!) und müßte selbst nur das gelbliche Dämmerlicht aus der Klenbatterie, mit der die Herren Vorredner uns in dieser Sache beleuchten, auf ihre Schäden fallen, es ist immer besser, als daß sie unbeleuchtet bleiben, und hätte es auch nur die Folge, daß der „Stich der hohen Meinung“, mit der die beste Verwaltung und Bureaucratie sich so leicht täuscht, eine Verminderung erleide. Ich bin dankbar für die schärfste Kritik, wenn sie nur sachlich bleibt — ob sie hier überall sachlich blieb, wird sich nachher ausweisen — sie wird eine sachliche Erwiderung finden. Ich habe also nur betonen wollen, wir stehen auf dem Reichsinteresse, die Herren stehen theils auf dem Localinteresse, theils auf dem Interesse ihrer Vergangenheit, die sie nach Paris weist, theils auf dem Interesse einer Gegenwart, die sie nach Rom weist. (Oho! im Centrum. Sehr gut! links.)

Wir stehen auf ganz verschiedenen Standpunkten. Die Interessen von Elsaß-Lothringen und die des Reiches werden — davon bin ich überzeugt, schließlich zusammenfallen, wenn auch nicht dadurch, daß wir die Reichspolitik dem localen Bedürfnis von Elsaß-Lothringen unterordnen und daß wir unsere Reichspolitik so einrichten, wie die Herren Winterer und Simonis sie billigen oder uns vorschreiben, dabei würden wir dem Reiche ein kurzes Leben geben. Ich habe, da der Redner an seine letzten Worte gerade eine an mich persönlich gerichtete Apostrophe knüpfte, noch einige Worte über das zu bemerken, was namentlich der Abgeordnete Dunder in der letzten Sitzung über dieses Statut des Landesauschusses ausgesprochen. Es ist sehr richtig: ich habe vor zwei bis drei Jahren, und ich kann genauer sagen, bis zu dem Zeitpunkte, wo wir die jetzt unter uns anwesenden Abgeordneten von Elsaß-Lothringen kennen lernten, einigermaßen jaugumische Ansichten über die Möglichkeit gehabt, in Elsaß-Lothringen bald ein constitutionelles und parlamentarisches Leben groß zu ziehen. Ich will gleich nachher das Element näher kennzeichnen, welches mich da in eine Täuschung induirt hat. Nachdem wir nun die Tonart kennen gelernt haben, in der die gewählten Vertreter von Elsaß-Lothringen die Reichspolitik, die Reichsinteressen aufstellen, habe ich — ich bin sonst nicht schüchtern in der Politik — doch ein gewisses Bangen und Zagen empfunden, ob ich dem Reiche den Schritt zumuthen darf, der dahin führen kann, daß wir in Elsaß-Lothringen eine parlamentarische Institution schaffen, deren Majorität der Gemüthlichkeit von der Gewinnung und Auffassung der Herren Abgg. Simonis und Winterer sein könnte. Ich glaube, daß ein solches Parlament für den europäischen Frieden eine große Gefahr in sich bergen würde.

Ich vermuthete, daß die Wahlen demnächst anders ausfallen würden, als die jetzigen ausgefallen sind, aber ich bin zu wenig gewist, mir müssen andere Proben erst sehen. Ein Parlament, welches seine Inspirationen hauptsächlich dem französischen und römischen Interesse entnehmen würde (Unruhe und Widerspruch im Centrum. Sehr gut! links), könnte nicht bestehen, ohne einen dauernden Conflict zwischen diesem Parlament und der Reichsregierung. Es würde eine erhebliche Aufregung in der französischen Stimmung, vielleicht in der ganzen europäischen hervorgerufen und ich halte es für sehr schwer, mit einer parlamentarischen Versammlung, in welcher Ansichten wie die hier von den Elsaßischen Abgeordneten vertretenen die Majorität beizubringen, den europäischen Frieden mit derselben Wahrscheinlichkeit auf ein Jahr und länger hinaus zu berechnen, wie es jetzt der Fall ist. Ich habe deshalb der Vorlage des Statuts gerade die Form und den Weg angewiesen, in dem es an Sie gelangte. Ich wage nicht, so gerne ich es thun würde, und die Worte, die der Abgeordnete von mir angeführt hat, zeigen ja, wie gern ich es thun würde, und wie gern ich mich früher der unbegründeten Hoffnung hingegeben, daß es möglich sein würde — aber ich wage es nicht, diese Sache in eine Form zu bringen, bei welcher der Reichstag in die Lage käme, entweder sie zu verwerfen, was vielleicht Ihrem Gefühle und selbst dem Gefühle des Abg. Dunder nicht entspräche, indem auch Sie ein Verfassungsabstimmern gewähren würden, oder sie zu genehmigen und dadurch eine Institution zu schaffen, die nur durch ein Gesetz mit Zustimmung des Reichstages wieder aus der Welt geschafft werden könnte.

Wenn sehr flagrante Dinge passirten, würden wir eine solche Zustimmung des Reichstages erbitten und erlangen, aber die Herren werden selbst gewiß mit mir darüber einig sein, wie schwer und unangenehm eine solche Zustimmung für eine parlamentarische Versammlung sein würde, etwas dergleichen wieder aufzuheben, und ich wage, wir haben diesen Weg gewählt, damit wir, wenn wir sehen, daß die Entschlossenheit und die Reizung, die Elsaßischen Geschäfte mit Rücksicht auf die Zugehörigkeit des Landes zum deutschen Reiche zu behandeln, noch nicht in hinreichendem Maße vorhanden, noch zu erwarten ist, namentlich die Wirkung des Schulunterrichts abwarten können, den der Vorredner so sehr tadelt und in Bezug auf welchen ich ihm sage, daß dies einer der Punkte ist, über den ich mit dem Herrn Abgeordneten Dunder, so viele Meinungsverschiedenheiten sonst zu meinem Bedauern vorhanden sind, vollständig einverstanden bin; wir werden höchst wahrscheinlich und sicher noch viel energischer einschreiten müssen. (Unruhe im Centrum.) Wir glauben, daß der Schulunterricht in Elsaß-Lothringen zu den besseren in Frankreich, im Vergleich zu Deutschland aber noch immer nicht zu den guten gehört hat. Sie sehen, wohin die französische Nation

unter solcher Leitung des Schulunterrichts mit der Zeit gekommen ist, so daß es sehr schwer ist, etwas Festes wieder herzustellen, indem der Zustand des öffentlichen Unterrichts und seiner Ergebnisse derart ist, daß es zu leicht ist, die Bevölkerung über ihre wirklichen Interessen zu täuschen, um nicht zu sagen zu belügen, damit sie keinen sicheren und klaren Ausdruck ihrer eigenen Wünsche und Interessen in eine parlamentarische hineinbringe. Im französischen Wesen liegt ja eine sprichwörtliche Leichtgläubigkeit, von der sich die Elsaßer Bevölkerung auch noch nicht losgerissen hat. Ganz frei von der Witschuld ist die Art von Schulunterricht nicht, die bisher dort stattfand, an der sehr viele Elemente theilnahmen und Einfluß übten, die im Interesse ihrer Herrschaft und ihres Einflusses ein Interesse hatten, ich will nicht sagen an der Verdrummung, aber doch daran, daß sie nicht zu klug werde. (Weiterkeit links. Unruhe im Centrum.)

Wir halten an den Ansichten, die früher in Bezug auf eine Herstellung einer Elsaßer Landesvertretung von mir vor Ihnen geäußert worden sind, durchaus fest; wenn wir dem nicht näher treten wollten, aber vorichtig nach treten, so würden wir auch dieses Statut nicht eingebracht haben, das ja einer weiteren Ausbildung fähig ist. Ich habe zum Beispiel gar kein Bedenken gegen die Oeffentlichkeit, würde aber, wenn die Localbehörden Befehlendes dagegen hätten, mit meiner Meinung nicht durch die Wand gehen, sondern auf dieselben hören; aber ich nehme an, daß sie zulässig sein wird. Dann werden wir ja hören, ob dort wirklich Elsaßische und deutsche Politik oder fremdartige Tendenzpolitik getrieben wird. Ganz bestimmt werden wir aber in allen unseren Schritten in erster Linie von den Interessen und vor allen Dingen von der Sicherheit des Reichs, seines Gebietes und seiner Grenzen geleitet werden und werde ich mich, so wenig ich sonst vor einem gebotenen dreifachen Anschluß in der Politik zurückschreie, durch Vorwürfe oder durch Ueberredung nicht dahin bringen lassen, die Interessen des deutschen Reiches aus Gefälligkeit für solche Elsaßer zu gefährden, die im Ganzen nicht zu unseren Freunden gehören, und ich werde auch da den Wünschen der Mehrheit meiner deutschen Mitbürger, so wie sie sich in der Vertretung hier im Reichstage, und den Wünschen der deutschen Regierungen, wie sie sich im Bundesrathe aussprechen, sehr gern zugänglich sein, aber verlangen Sie von mir nicht die Rolle, daß ich auf einem so brüchigen und für die Sicherheit und Ruhe des Reiches bedenklichen Boden mit einer gewissen stürmischen Eile voranzutreiben soll, immer bereit bleibend, die Verantwortung für die Folgen zu tragen. Gehe wir weiter vorzudringen können, müssen uns weitere Wahlen die Proben liefern, ob dort wirklich die Elemente dauernd die Oberhand gewinnen, die dahin streben, die Gemüther dem deutschen Reiche und der deutschen Regierung zu entfremden und wenn das der Fall sein sollte, so müßten wir erst von der Besserung des Schulunterrichts und von der heranwachsenden Generation eine Besserung der Verhältnisse erwarten, die schief und in unrichtiger Strahlenbrechung von den Wählern gesehen werden, so lange die Potenzen, die an der Irreführung und Unterdrückung der jugendlichen Intelligenz ein Interesse haben, in den Schulen dort noch wirksam sein können.

Abg. v. Puttkamer (Frankfurt): Die einleitenden Worte der Abgg. Winterer und Simonis schienen mir eine Bürgschaft zu gewähren, daß dieselben uns ihre Theilnahme bei der Verhandlung über die Angelegenheiten ihrer Heimath nicht verweigern würden. Wenn aber Herr Simonis das Budgetrecht dem Lande ausschließlich vindicirt, und Herr Winterer gar einen förmlichen Protest dagegen einlegt, daß hier der Etat Elsaß-Lothringens geprüft werde, so muß ich sagen: die Herren befinden sich in einem außerordentlichen Irrthum über die Vorbedingungen, unter denen einem Lande das Maß verfassungsmäßiger Freiheit verliehen werden kann, welches das Budgetrecht in sich schließt. So lange man sich in Elsaß-Lothringen nicht rüchlos in die Lage findet, die der Frankfurter Frieden geschaffen, so lange die meisten Plätze der reichslandischen Deputirten hier im Hause gleichsam als ein fortwährendes Protest gegen die Einverleibung unbesetzt bleiben, so lange die Mehrheit des Landes den Standpunkt dieser Abgeordneten billigt, so lange die ultramontane Partei mit denselben Coalitionen eingeht, so lange ist auch das Ansehen, welches Herr Simonis an den Reichstag gerichtet hat, eine bloße Waiveret, und der Reichsanzler ist ihm die rechte Antwort darauf nicht schuldig geblieben. Der Abg. Simonis wird wenigstens vergebens den englischen Staatsmann suchen, der zugiebt, daß die Irländer keine Steuern zu zahlen brauchen, bevor sie nicht ein irisches Parlament hätten. Derselbe Abgeordnete hat dann auf den Ausschluß des Elsaßischen Elementes von den höheren Beamtenstellen hingewiesen, aber fanden sich denn Männer im Reichslande, die fähig und gleichzeitig bereit waren, die Stellen zu bekleiden?

Ein anscheinend sehr beliebter Vergleich ist ferner die Nebeneinanderstellung der französischen Civilisten und der Kosten des Reichsanstaltens und des Oberpräsidiums in Straßburg. Aber Reichsanzleramt und Oberpräsidium repräsentiren die Centralverwaltung des Landes, und dieselbe beträgt nach dem französischen Budget von 1873 10 Millionen Francs, nicht gerechnet die Kosten der Ministerien für Unterricht, Handel, Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten. Was den von Herrn Simonis angeführten Dispositionsfonds betrifft, so wird man an denselben, wo die Verhältnisse noch so im Fluß sind, wie im Reichslande, nicht den strengen Maßstab normaler Zustände legen können, jedenfalls irrt aber der Herr Abgeordnete, wenn er glaubt, daß die französische Republik keinen derartigen Fonds besitzt, derselbe nimmt vielmehr einen recht erheblichen Raum in ihrem Budget ein. Die beiden Abgeordneten Simonis und Winterer haben sich aber vorzüglich beklagt über die erhebliche Steigerung der Ausgaben für das Schulwesen, und ich finde es wenigstens sehr erklärlich, daß man in gewissen Kreisen des Elsaßes damit nicht einverstanden ist. Das französische Unterrichtsgesetz von 1850, nach welchem das Budget in Frankreich aufgestellt wird, ist nämlich das Werk eines clerical-legitimistischen Ministers. Es sollte in erster Reihe den Zwecken des Clerus, in zweiter denen des Bonapartismus dienen, und die liberale Partei stimmte ihm zu, eingeschüchelt durch die socialistischen Bewegungen des Jahres 1848. Es enthält die precäre Bestimmung, daß diejenigen Gemeinden von der Verpflichtung, eine öffentliche Schule zu halten, entbunden sind, welche eine anderweitige Freischule besitzen. Es war das nichts, als die Uebertragung eines Theiles der Rechte, welche der Staat auf die Schule hatte, an den Clerus, und die Folge davon war das allmähliche Verschwinden der Communalen Schulen, da die Kirche dieselben mit ihren reichen Mitteln überall ersetzen konnte.

Ich theile hier die Wirkung des Gesetzes auf Grund französischer Quellen mit. Im Jahre 1831 betrug die Zahl der französischen Kinder, welche die Primarschulen besuchten 1,955,624. Im Jahre 1846 war sie unter dem Einflusse des liberalen Guizotischen Unterrichtsgesetzes auf 3,240,436 gestiegen, 1857 dagegen betrug sie in Folge des inzwischen ergangenen Gesetzes von 1850 nur 3,850,000, es hatte also eine jährliche Zunahme von durchschnittlich nur 50,000 Köpfen, d. h. im Verhältniß zur Zunahme der Bevölkerung nur 4000 stattgefunden. (Hört! hört!) In zahlreichen Departements kommen auf 1000 Knaben zwischen 7 und 12 Jahren deren 450—500, und auf 1000 Mädchen gleichen Alters 600—680, welche gar keinen Unterricht genossen haben. (Hört! hört!) Ein anderer Schriftsteller, der mir zu Gebote steht, hat ausgerechnet, daß immer auf drei Franzosen einer kommt, der des Lesens untundig ist. (Hört! hört!) Im Elsaß sind die Verhältnisse etwas besser, sie genügen aber deutschen Ansprüchen noch nicht entfernt. — Ich wende mich nun zu den Steuern und erlaube mir, bezüglich der indirecten eine Vergleichung mit dem letzten Finanzjahr der französischen Verwaltung, welches vom 1. Juli 1869 bis zum 1. Juli 1870 reichte, anzustellen. Damals waren die Einnahmen aus dem Enregistrement auf 13 Millionen, heute sind sie auf 10 Millionen veranschlagt; dazwischen liegt ein Nachschuß von 1 1/2 Decimes. Der Stempel betrug 2,446,000 Fr., heute einschließlich des Wechselstempels ca. 2,100,000; die Zeitungsteuer ist weggefallen. Von den Getränken werden erhoben 7,800,000 Fr. Steuer, heute in Folge der Ermäßigung der Wein- und Branntweinsteuer nur 3,460,000. Im Ganzen hat ein Steuer-nachschuß von 7 1/2 Millionen Fr. stattgefunden. (Hört! hört!) Zugaben will ich, daß die Preceptionskosten ungemein hoch sind, und ich glaube, daß sich ein System der Erhebung finden wird, wonach Erparungen möglich sein werden.

Der Abg. Simonis klagte dann über die Vermehrung der Beamten besonders in den Zweigen der Justisverwaltung. Ich erinnere ihn aber daran, daß die Minimalzahl der Richter eines französischen Appellhofes 24 beträgt, daß also die Appellgerichte zu Colmar und Metz mit zusammen 48 Räten besetzt waren, während heute 2 Präsidien und 14 Appellationsgerichtsräthe

zu Colmar, also nur 16 Richter an ihre Stelle getreten sind. (Hört!) Nichtig ist ja, daß ein Teil ihrer Geschäfte den Landgerichten zugewiesen worden ist, die Zahl der Richter an denselben hat sich jedoch nicht sehr erheblich vermehrt und andererseits ist dafür eine beträchtliche Zahl von Friedensrichtern eingezogen. Herr Simonis hat sich bei einer früheren Gelegenheit gerade darüber beklagt — und heute findet er die Zahl der Richter zu groß! (Hört!) Obwohl die unzureichenden Besoldungen der Friedensrichter beim Eintritt der deutschen Verwaltung erheblich erhöht worden sind, so betragen doch die Kosten der Justizpflege in Elsaß-Lothringen pro Kopf der Bevölkerung nur ca. 10 Sgr., in Preußen aber 20 Sgr., ja die Amtsgerichte der Provinz Hannover stellen sich allein um 1/4 höher als der gesammte Justizetat des Reichslandes. Auch die Aufhebung der Kausalität der Rente hat Herr Simonis angegriffen, gleich als ob diese Maßregel einer unbegründeten Schenke der deutschen Regierung zu Liebe und nicht im wohlverstandenen Interesse des Landes erfolgt wäre. Ein angesehener französischer Notar behauptet in einer Schrift, die Aufhebung der kausalen Stellen würde allein ausreichen, den Ruhm einer Regierung zu begründen, und ich glaube, man hätte diesen Schritt in Frankreich schon längst getan, wenn er mit der Finanzlage des Landes verträglich wäre. Ein Lieblingssthema der Herren ist immer der Vergleich unserer Bezirkspräsidenten mit der Präfecturverwaltung. Nun beziehen unsere Bezirkspräsidenten nicht mehr Gehalt, als die einflügeligen Präfecten.

Der Unterschied liegt also in den Besoldungen der Präfectur- und der Regierungsräthe. Ein Präfecturath bezog 1000 Fr. Gehalt; daraus geht schon hervor, daß die Stellung eines solchen ein Ehrenamt war. Wenn sich heute keine geeignete Kräfte finden oder etwa vorhandene die Annahme des Amtes verweigern, so bleibt nichts übrig, als sich nach berufsähnlichen Beamten umzusehen, und für 1000 Francs, d. h. 500 Thlr. ist kein Regierungsrath zu haben. (Heiterkeit.) Dennoch möchte ich der Reichsregierung bei dieser Gelegenheit verschiedene Ermahnungen aus Herz legen. Es dürfte sich erstlich empfehlen, eine andere Scheidung zwischen der Administrativjustiz und der Competenz der ordentlichen Gerichte vorzunehmen; nach französischem Rechte ist das Feld der ersteren viel zu weit, und als im Jahre 1815 Theile Frankreichs an Bayern, resp. Preußen gelangten, wurde diese Frage durch besondere Gesetze in dem einen Lande 1817, im andern im Jahre 1818 im Sinne der deutschen Rechtsanschauungen geordnet. Zweitens könnte bei einem so kleinen Lande, wie Elsaß-Lothringen, der Geschäftsgang der drei Departemental-Verwaltungen wohl vereinfacht werden, man würde dadurch unnütze Schreierei ersparen. — Noch ein Wort über den Landesauschuß! Ich lege das Hauptgewicht auf die politische Seite der Frage, die formale Berechtigung des Schritts interessiert nur in zweiter Reihe, ich will aber veruchen, sie nachzuweisen. Ein französisches Gesetz ermächtigt die Executive, über jeden Gegenstand des öffentlichen Interesses das Gutachten der Generalräthe einzufordern. Dasselbe geschieht hier nur mit dem Unterschiede, daß die einzelnen Versammlungen zu einem Körper vereinigt sind.

Ein Gesetz von 1833 verbietet zwar den Generalräthen miteinander zu communiciren, eine Unmöglichkeit des Schritts wird aber erst durch den Anspruch des Königs begründet. Wenn also das constitutionelle Staatsrecht der Berufung des Landes-Aussschusses nicht im Wege steht, so liegt doch der ganze Schwerpunkt der Maßregel in ihrer politischen Bedeutung. — Diesen Elementen in Elsaß, auf welche wir in Zukunft vielleicht zuerst rechnen dürfen, haben die Idee des Landesaussschusses mit Verdringung aufgenommen. Die autonomistische Partei ist sich heute allerdings noch nicht klar über ihre Ziele, manche Mitglieder derselben denken sich das Elsaß gerne noch als neutrales Anhängsel zwischen Deutschland und Frankreich die Verhandlungen des Landesaussschusses werden aber zur Klärung der Lage beitragen und die Möglichkeit der Bildung einer Partei gewähren, die den Anschluß an Deutschland offen erklärt wird, wenn einst der Ruf für Deutschland erschallt. (Beifall.)

Abg. Windthorst: Ohne auf die im Statut fixirten Zahlen näher einzugehen, deren Prüfung am besten in der Commission erfolgen wird, muß ich gleichwohl bemerken, daß die Ausgaben außerordentlich groß sind und ich hoffe, daß die Regierung uns befriedigende Aufschlüsse über die Mehrausgaben der deutschen Verwaltung geben wird. Uebrigens befreite ich die formelle und materielle Berechtigung des Reichstags für die Prüfung des Etats für Elsaß-Lothringen. Ich bebaure die Apokalypse, welche der Herr Reichstanzler an die Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen bezüglich ihres Auftretens gerichtet hat. Wer die Verhältnisse des Reichslandes kennt, wird wissen, welcher Muth dazu gehört, daß die Abgeordneten desselben überhaupt hier im Hause erscheinen. Wir sollten daher den Herren wahrlich freundlicher entgegenkommen. Ueberhaupt herrscht in Bezug auf Elsaß-Lothringen jetzt eine ganz andere Stimmung als früher, vielleicht deshalb, weil die Kunst, neuverordnete Länder zu regieren, in Berlin noch nicht recht heimisch ist. Vor Allem hätte man die localen Verhältnisse ausführen müssen mit den allgemeinen Interessen des Reichs, nicht aber sagen: wir haben Euch nicht Eretz wegen, sondern unsern Weg erobert. Eine solche Redeweise ist nicht geeignet, die Bevölkerung des Reichslandes zu gewinnen und das ist es doch, was das Reichsinteresse in erster Linie erfordert. Was die materielle Prüfung des Etats betrifft, so scheint die Regierung selbst davon überzeugt zu sein, daß wir zu verfahren nicht berechtigt sind und deshalb ist der Erlaß, betreffend den Landesaussschuß, gerade am Tage unseres Zusammentritts erschienen; ob derselbe vom Morgen oder vom Abend des 29. October datirt, ist für seine Rechtswirkung gleichgültig. Der Erlaß enthält eine Aenderung der bestehenden Gesetzgebung und deshalb hätte er uns nicht bloß zur Kenntnissnahme, sondern zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorgelegt werden sollen.

Herr Abg. Buttikammer sagte, es seien die politischen Gründe hier durchschlagend. Ja, das ist so ein recht national-liberaler Satz; ich meine umgekehrt, erst kommt das Recht, dann die Politik. Aus der französischen Gesetzgebung läßt sich die Rechtsgültigkeit des Erlasses auch nicht deduciren, denn die Generalräthe berathen nur über die communalen Angelegenheiten ihrer Bezirke. Ich werde deshalb den Erlaß so behandeln, als ob er uns zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorgelegt wäre und die erforderlichen Anträge stellen. Der Reichstanzler meinte, daß er auf Grund der gemachten Erfahrungen davon Abstand nehmen mußte, dem Reichslande eine ordentliche Landesvertretung zu geben. Vielleicht fürchtet er politische Erörterungen in derselben, und daß dieselben den Nebenangelegenheiten Frankreichs zu Gute kommen könnten. Ich fürchte keinen neuen Krieg mit Frankreich, wenn er nur nicht anders woher kommt. Ferner hat man über die Mangelhaftigkeit der Schulen im Elsaß geklagt und dieselbe dem Einflusse des Clerus zugeschrieben. Dieser Einfluß war aber ein sehr wohlthätiger, denn die allgemeine Bildung ist im Elsaß größer, als in der Mark Brandenburg. Wir sind un dankbar, wenn wir nicht anerkennen, daß wir dem Clerus wesentlich den ganzen Aufschwung der Wissenschaft verdanken. (Heftiger Widerspruch.) Der Clerus ist der berufene Lehrer des Volks und der Herr Reichstanzler wird noch einst sagen: Herr Windthorst hat doch nicht so Unrecht gehabt. (Heiterkeit.) In den letzten 25 Jahren soll der Einfluß der Geistlichkeit so sehr nachtheilig gewirkt haben. Nun, sind wir, die wir unter diesem Einflusse erzogen worden sind, denn gar so dumm? (Heiterkeit.) In der That sind die Elsaß-Lothringer vollkommen befähigt, das zu leisten, was eine Vertretung eines Landes leisten soll. Ich bebaure, wenn Herr Schneegans wegen seines tactlosen Auftretens keine Rüge erhalten hat und erwarte einen befriedigenden Aufschluß hierüber von der Regierung. Was die Pressenstände im Reichslande betrifft, so bebaure ich, daß dasselbe kein Organ besitzen darf, in welchem die öffentliche Meinung zum Ausdruck kommen kann, denn das, was die „Straßburger Zeitung“ erklärt, können wir doch nicht Alles für bare Münze halten.

Abg. Dr. Loewe: Diese Debatte leidet unter dem Mißverständnis, als handle es sich hier um die Verwaltung eines Reichsgebietes wie Württemberg, Baden, die Mark oder Pommern, während es sich doch in Wahrheit um die Verwaltung höchst abnormer Zustände handelt, die ein großer Krieg gezeugt haben und um die Wirkung von Einrichtungen, die unter der Zustimmung des Reichstages getroffen sind. Die Rechtsbeständigkeit des October-Erlasses ist nicht zu bezweifeln, nur hätte er früher erlassen sollen. Der Reichstanzler hat ein Recht durch die Erfahrungen mit Elsaß-Lothringen ein wenig entmutigt zu sein, aber er möge sich erinnern, daß die ersten Eindriffe die besten sind, und somit an seinen ersten Vorlesungen in Betreff der Reichslande festhalten, denn die Grundlagen für seine ersten Eindrücke und Vorlesungen bestehen fort. Die Clericalen, die sich auf das heilige Unrecht des Familienvaters, die Erziehung seiner Kinder zu leiten, gegen die allgemeine Schulpflicht berufen, vergessen u. A., daß ein eilfjähriger Bezirksrath vor dem Kriege den obligatorischen Schulunterricht gefordert hat. Aber die Reichslande leiden mit ganz Frankreich geistig an den Folgen eines schlechteren Erziehungswesens, wie sie materiell an den Folgen des indirecten Steuer-Systems leiden, dieses unreigen Productes einer engherzigen Bourgeoisie, wie die Socialisten zu sagen pflegen. Der Redner erklärt sich geradezu für verpflichtet, den Haushalt der Reichslande sehr gründlich und mit mehr Zeitraum zu der Wirkung dieser Arbeit zu prüfen, als die Reichslande bisher dem Reiche bewiesen haben, zunächst in einer Commission, in welche die Vertreter für Elsaß gewählt werden sollen, damit für die zweite Verabreichung im Einzelnen eine Verständigung gefunden werden kann. Eine andere Tendenz kann nur die Wirkung eines reichsfeindlichen Pessimismus auf die Nation üben.

Die erste Verabreichung wird geschlossen und der Etat der Reichslande nebst der Anleihe an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Ohne Debatte wird darauf der Gesetzentwurf, betreffend die Einführung der Maas- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868 in Elsaß-Lothringen in erster und zweiter Verabreichung genehmigt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die deutsche Seewarte, deren Sitz in Hamburg bleiben und die fortan ausschließlich aus Reichsmitteln bestritten werden soll, bringt zwar aus dem Stadium der ersten bis zur zweiten Verabreichung vor, wird aber kurz nach Beginn derselben im Interesse der Sache auf einen Antrag Lasfers abgesetzt, um die Controverse über die legale Basis und das Ressortverhältnis des Instituts an der geeigneten Stelle, nämlich bei der betreffenden Staatsposition, zu entscheiden. Erwähnt darf aber werden, daß Abg. v. Hoyerbe den Beweis dafür, daß die Seewarte vom Reiche zu übernehmen ist und ihr Ressortverhältnis vorläufig noch nicht näher präcisiert zu werden braucht, nicht für geführt erachtet. Dagegen giebt Abg. Miquel zwar nicht diesem Zweifel Raum, hält es aber für genügend, wenn die Mittel für das Institut in den Etat aufgenommen werden; die Form eines Gesetzes ist dazu nicht erforderlich, sie nützt nicht und kann nur Erschwerungen für die Zukunft schaffen, falls man einmal über das Institut anderweitig verfügen wollte. Technische Anstalten, eine Schule, ein Institut, sind genügend fundirt, wenn die Mittel für sie in den Etat aufgenommen werden, eines besonderen Gesetzes bedarf man dazu nicht. Präsident Delbrück erkennt den Werth dieser Auffassung im Allgemeinen an, aber im vorliegenden Fall handelt es sich darum, der Seewarte in Hamburg und ihren an der Küste zu gründenden Filialanstalten den Charakter öffentlicher Institute zu geben, daher sei ausnahmsweise die Gesetzesform gewählt.

Von besonderem Interesse zur Sache war die Rede des Abg. Moering (Hamburg): Wir haben bis jetzt im deutschen Reiche nur zwei Institute für das Seewesen. Die erste sind die Navigationschulen; in ihnen wird die Kunde gelehrt, wie man ein Schiff zu führen hat, ferner zu bestimmen, an welchem Ort auf dem Ocean man sich befindet und wie man von diesem Ort, auf dem man sich befindet, zu dem nächstgelegenen Ort weiter kommt. Man kann diese Navigationschulen bezeichnen, ich glaube mit Recht, als die Taktiker der See; das zweite, was wir im deutschen Reiche haben, sind die hydrographischen Anstalten der kaiserlichen Marine, die man die Topographen der Océane nennen kann, indem ihnen obliegt, die Lage der Küsten, Inseln, Untiefen u. s. w. festzustellen. Es fehlt uns noch das Mittglied zur Verbindung der Institute, die Seewarte. Diese soll herstellen die Strategie auf dem Ocean; ihre Aufgabe ist es, durch Mittheilungen ihrer und fremder Beobachtungen zu ermitteln, auf welche Weise eine Reise am schnellsten vollendet werden kann; daneben hat sie noch die Sturm-Warnung zu befordern. Die Seewarte hat bis jetzt nur in Hamburg fungirt und den Ansprüchen nur in sehr geringem Grade entsprechen können. Es ist durchaus nothwendig, aus Reichsmitteln das Institut zu erweitern und in ein staatliches zu verwandeln. In Amerika existirt ein solches Institut seit 1845, in England seit 1851, in Holland seit 1855, in Norwegen seit 1865, in Dänemark seit 1872 und in Rußland ist man dabei, ein solches zu organisiren, in Frankreich wird die Seewarte jetzt reorganisiert.

In jedem Jahre hat die Seewarte in Hamburg, wenn man ein sieben-jähriges Mittel annimmt, sich bisher in Verbindung gesetzt mit 73 Abtheilungen, an 166 Schiffe Wetterbücher vertheilt, 164 Segelannweisungen, 120 Sturm-Signale gegeben, in jedem Jahre 43; auf diese Signale sind dann gefolgt 16 Stürme, 15 harte Winter und 12 leichte Winter; es sind also von den 43 Sturmwarnungen 1/4 eintreffend und haben sich bewährt. Nun ist die Einrichtung der Seewarte bis jetzt noch eine so unvollkommene, daß es ihr nicht möglich ist, diese Signale mit der nöthigen Sicherheit zu geben. Die erste deutsche Seewarte kann nach meiner Ueberzeugung nirgendwo anders untergebracht werden, als bei der kaiserlichen Admiralität und ich würde event. einem dahin gehenden Amendement zustimmen. Ich glaube also für heute im Ganzen damit schließen zu können, daß ich Ihnen empfehle, das Gesetz über die Seewarte, wie es Ihnen vorliegt, anzunehmen.

Die Sache selbst wird, wie oben erwähnt wurde, bei der Staatsverabreichung zum Austrag kommen. Für heute blieb das Schicksal des Gesetzentwurfs unentschieden.

Es folgt die dritte Verabreichung des Verner Postvertrages. Abg. Schmidt (Stettin) vermißt eine genauere Bestimmung darüber, ob mehrere Inseln und andere Ländercomplexe, wie z. B. die Farer-Inseln, Island, Canada u. s. w. ebenfalls in den Vertrag eingeschlossen seien, worauf der General-Postdirector Stephan dies bejaht, indem er den Artikel 29 des vereinbarten Reglements verliest, worin diese Inseln u. s. w. ausdrücklich dem Hauptlande beigegeben sind. Der Vertrag wird darauf unverändert in dritter Lesung definitiv genehmigt.

Schluß gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Marine-Anleihe und Marine-Etat; ferner die Etats des Reichstanzleramtes, des Bundesrathes, des Reichstags, des Rechnungshofs, des Reichsoberhandelsgerichts, des Reichseisenbahnamtes, des auswärtigen Amtes u. s. w.)

Berlin, 30. November. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem bisherigen Bezirks-Präsidenten in Metz, Grafen von Armin-Boigenburg, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und Schwertern am Ringe, dem Landrath a. D. von Kothler zu Lüben, dem Landrath von Kuhlweitz zu Berncastel, dem Sanitäts-Rath Dr. Mayer zu Aachen, dem Gymnasial-Dozenten, Professor Dr. Steiner zu Greunach und dem Postdirector Alig zu Ostrowo, im Kreise Adelnau, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Hegemeister a. D. Verdewitz zu Schneidemühl und dem Posthalter Albrecht zu Garg a. S. den Königlich-kronen-Orden vierter Klasse; dem Lehrer und Ritter Schauer zu Kusdorf, im Kreise Königsberg N. N., den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den bisherigen Regierungs-Inspector Franz Heinrich Ludwig Ulrich zu Bremen zum Eisenbahn-Director und Mitgliede der General-Direction der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen ernannt.

Se. Majestät der König hat den Bader- und Brunnenärzten Dr. Rinteln und Dr. Lehmann zu Deynhausen den Charakter als Sanitätsrath; sowie dem Departements-Cassen und Rechnungs-Beisitzer Buhmann in Hamm den Charakter als Rechnungsrath verliehen; und den zeitigen Bürgermeister Enzmann zu Arneburg, in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Fort getroffenen Wahl, als besoldeten Beigeordneten der Stadt Fort für die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer befristet.

Dem Oberlehrer Dr. Friedr. Kossinna am Gymnasium zu Tilsit ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden. — Der bisherige Bureau-Assistent Hollstein vom Appellationsgerichte in Ologau ist als Geheimer expedirender Secretär und Calculator im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten angestellt worden.

Im Bezirk der königl. Bergwerks-Direction zu Saarbrücken sind: der bisherige Director der Steinkohlengrube Neben-Merchweiler, Bergath Röggerath, zum Mitgliede der genannten Direction, der bisherige Director der Steinkohlengrube Kronprinz Friedrich Wilhelm Geislauren, Mendel, zum Director der Steinkohlengrube Neben-Merchweiler, der Berg-Inspector Jitz zum Director der Grube Kronprinz Friedrich Wilhelm Geislauren, die Berg-Inspectoren August Freytag und Anton v. Vornuth zu Berg-Inspectoren und zwar der Erstere für die Grube von der Heydt, der Letztere für die Grube Neben-Merchweiler ernannt worden. Ferner sind zu Berg-Inspectoren ernannt: der Berg-Inspector Reinhold Scheib für die königliche Kautzgrube im Ober-Bergamtsbezirk Dörsau und der Berg-Inspector Ottomar Hermann für die Steinkohlengrube bei Jbbendären im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund.

Dem Herrn Marc Runkel in Paris ist unter dem 26. November 1874 ein Patent auf einen Droschken-Controllir-Apparat auf 3 Jahre erteilt worden. — Dem Patent-Agenten Heinrich Rätze zu Berlin ist unter dem 26. November 1874 ein Patent auf einen Schärp-Apparat an Korkstüpfel-schneide-Maschinen auf 3 Jahre erteilt worden.

Berlin, 30. November. [Se. Majestät der Kaiser und König] wohnten gestern Vormittag dem Gottesdienste im Dom bei.

Im Laufe des heutigen Vormittags hörten Se. Majestät den Vortrag des Civil-Cabinetts und empfingen den Chef des Militär-Cabinetts, General-Major von Albedyll; Mittags nahmen Allerhöchstdieselben den Besuch Sr. Kaiserlichen Hoheit des Großfürsten-Thronfolger von Rußland entgegen und erwiderte denselben im russischen Botschafts-Hotel.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wurde vorgestern Abend auf dem Bahnhofe der Anhaltischen Eisenbahn von Ihren Kaiserlichen und Königl. Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin und dann im königlichen Palais von Sr. Majestät dem Kaiser und König empfangen.

Gestern wohnten beide Majestäten dem Gottesdienste im Dom bei, und dinirten bei Ihren Kaiserlichen und Königl. Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin. — Den Kammerherrendienst bei

Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin haben die königlichen Kammerherren Graf Lüttichau und Freiherr v. Fürstenberg übernommen.

Heute findet zu Ehren des hier durchreisenden Großfürsten-Thronfolgers von Rußland, dessen Besuch beide Kaiserlichen Majestäten im Laufe des Vormittags empfingen, ein Familienbinner im Kaiserlichen Palais statt.

© Berlin, 30. November. [Fräul. Hessels. — Der Schluß der Session.] Die Klage des Fräul. Hessels gegen den früheren Polizeipräsidenten v. Wurmb und die ganze widerwärtige Angelegenheit dürfte mit der Entlassung des Fräuleins aus der Haft wohl ihre definitive Erledigung gefunden haben, und eine hie und da angekündigte Reclamation ihres Rechtsbestandes wohl ohne Aussicht auf Erfolg sein. Die Sache war bekanntlich vom Obertribunal aus Kammergericht verwiesen; wenn sich nun inzwischen die Gerichtspräsidenten die Unzurechnungsfähigkeit der Hessels ausgesprochen haben, so ist damit nach der Gerichtsordnung jedes weitere gerichtliche Verfahren gegen dieselbe eo ipso sistirt und das Kammergericht konnte nicht anders verfahren als geschlossen ist. — In der Presse wird die Frage betreffend der Dauer der Reichstagsession vielfach besprochen, doch sind die Urtheile in dieser Angelegenheit nicht immer richtig, besonders was den Schluß der Session vor Weihnachten betrifft, den man vorzugsweise als einen Wunsch der Regierung und als einen Gegenstand des Drängens derselben darstellt, so daß es den Anschein gewinnt, als hätte der Reichstag in dieser Beziehung gewissermaßen einem Drucke nachgegeben. Demgegenüber ist nur daran festzuhalten, daß die maßgebenden Führer der Reichstagsmajorität die parlamentarische Gesamtlage und das sich daraus ergebende Bedürfnis einer möglichen Abkürzung der Session in völlig übereinstimmender Weise mit der Regierung aufgefaßt haben, und zwar war der eifrige Vertreter der Ansicht, daß die Session, wenn irgend möglich, bis Weihnachten zu schließen sei, Hr. v. Jordanbed selbst, unter dessen Einfluß wie im Einverständnis mit allen Führern die Dispositionen in dieser Weise getroffen worden sind. Es scheint auch, daß man in diesen Kreisen, also in den entscheidenden, noch jetzt die Meinung aufrecht erhält, daß der Reichstag in der That seine Hauptaufgaben innerhalb der bezeichneten Frist erledigen könne und werde, vorbehaltlich der besonderen Frage des Bankgesetzes. Vor Allem lassen die parlamentarischen Kreise keinen Zweifel darüber zu, daß der Reichshaushalts-Etat vor Neujahr zur Feststellung gelangen muß. Die Indifferenz, mit welcher diese Frage gegenüber der Verfassungsbestimmung in manchen Correspondenzen behandelt wird, entspricht durchaus nicht der Auffassung im Reichstage selbst. Es sind ja noch über drei Wochen bis Weihnachten und die Vorberatungen liegen in der Budget-Commission bereit, daß die Erledigung im Plenum innerhalb dieses noch aussehenden Zeitraumes nicht zu bezweifeln ist. Namentlich ist nicht daran zu denken, wie wir auch schon erwähnt haben, daß der Militär-Etat irgend solche Schwierigkeiten bereiten sollte, wie es hier und da besorgt wird. Außer dem Etat werden noch unzweifelhaft das Gesetz über den Landsturm und über die Landwehrcontrollen zum Abschluß gelangen, und zwar ohne viel Schwierigkeiten und ebenso die Gesetze über Elsaß-Lothringen. Hoffentlich auch noch das Gesetz über den Rechnungshof u. s. w., ungeachtet der dabei obwaltenden inneren Schwierigkeiten. Es bliebe mithin nur noch die Frage ob, wie und in welchem Zeitpunkt das Bankgesetz zur Erledigung zu bringen sei. Darüber dürfte aber eine irgend zutreffende Ansicht in diesem Augenblick kaum auszusprechen sein. Vorausgesetzt aber, daß die vorgängigen Schwierigkeiten rechtzeitig gelöst werden und die definitive Lösung in der Commission vorbereitet wird, würde jedenfalls eine kurze Anwesenheit des Reichstages im Januar genügen, um auch diesen Theil der diesmaligen Aufgaben noch zu erledigen.

[Se. Majestät der Kaiser und König] haben bestimmt, daß in Zukunft bei Allerhöchsthren Reisen, wenn die Spitzen der Behörden einer Garnison zum Empfange Sr. Majestät befohlen worden sind, stets sämtliche Generale dieser Garnison zum Empfange erscheinen sollen.

Schwerin, 30. November. [Zur Theilnahme] an der Feier der Kriegerdenkmals-Entthüllung am 2. December werden der General der Infanterie Freiherr von der Tann aus München, der Marine-Minister General v. Stosch aus Berlin und viele höhere Offiziere heute und morgen hier eintreffen.

Bamberg, 30. November. [Denkmal.] Heute hat hier die Entthüllung des Schönlein-Denkmal unter großen Feierlichkeiten stattgefunden.

## Deutsches Reich.

Wien, 30. November. [In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses] beantwortete der Minister des Innern, Freiherr v. Lasser, die Interpellation wegen der auf dem Lande herrschenden Unsicherheit, indem er eine Tabelle vorlegte, aus der zu ersehen war, daß seit dem Zustandekommen des Gesetzes betreffend das Verfahren gegen die Vagabunden, die Sicherheit wesentlich zugenommen hat. Darauf begründete der Abg. Wildbauer seinen Antrag auf Abänderung des Gesetzes betreffend die Aufsicht über die Schulen und gab zu diesem Zwecke eine eingehende Darstellung des gegenwärtigen Zustandes der Schulen in Tirol. Der Abg. Graf (Tirol) bestritt die Competenz des Reichstages in dieser Angelegenheit und bezeichnete den Antrag als eine Verfassungsverletzung. Nachdem noch die Abgeordneten Hoffer, Dordi und Wildbauer (Südtirol) und schließlich der Cultusminister v. Stremayr für den Antrag das Wort ergriffen und in Abrede gestellt hatten, daß in demselben eine Competenzüberschreitung gefunden werden könnte, wurde der Antrag einem Ausschusse von 15 Mitgliedern überwiesen. Darauf trat das Haus in die noch ausstehende Verabreichung des § 12 des Actiengesetzes ein. Derselbe wurde mit dem Amendement des Abg. Dr. Herbst angenommen, wonach die Bestimmungen des Actiengesetzes, soweit statutarische Bestimmungen nicht entgegenstehen, auch auf schon bestehende Gesellschaften Anwendung finden. Endlich wurde der Bericht des Ausschusses über die vorjährige Aufhebung und Wiederherstellung der Bankacte ohne Debatte genehmigt.

Wien, 30. November. [Im Abgeordnetenhaus] wurden heute vom Finanzminister Ghyssy mehrere Vorlagen betreffend die Einführung von Luxussteuern eingebracht. — In der Sitzung des Oberhauses erklärte der Ministerpräsident Bittö, daß er, wenn möglich, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf über die Reform des Oberhauses vorlegen werde. — Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses beendigte heute die Verabreichungen über das Budget der Honved-Armee, an welchem erhebliche Reductionen vorgenommen wurden. Der Honved-Minister Szende erklärte, daß er auf der Bewilligung der geforderten Beträge in ihrem vollen Umfange bestehen müsse und die Reductionen nicht acceptiren könne.

## Provincial-Beitrag.

\* Breslau, 1. Decbr. [Graf Roon.] Aus Gdels berichtet per dorige „Anzeiger“: Der General-Feldmarschall v. Roon bewohnt bereits seit mehreren Wochen Schloß Grobnitz im hiesigen Kreise. Die daselbst vorgenommenen Bauten sind fast vollständig beendet und bietet namentlich das Herrenhaus mit seiner durchweg zweckmäßigen

Einrichtung einen auch im Winter angenehmen und gesunden Aufenthalt. Den vorigen Winter brachte Herr v. Noon in Italien zu, um Heilung von einem alten Leiden, das er sich vor einigen Jahren durch Erkältung zugezogen, zu suchen. Leider ist dasselbe damals nicht ganzlich behoben worden, und macht auch jetzt Hr. Excellenz viel zu schaffen. Schlaflosigkeit und Appetitlosigkeit, allgemeine Unbehaglichkeit machen sich bei dem Patienten in unangenehmer Weise bemerklich und sind wohl geeignet, seine Umgebung zeitweis mit Sorge zu erfüllen. Ist der erwähnte Krankheitszustand auch an sich selbst ungefährlich, so können in so hohem Alter die Folgen desselben doch bedenklich sein. Herzliche Hilfe ist übrigens immer zur Hand. Stabsarzt Dr. Preuß, welcher den Herrn Feldmarschall nach Italien begleitete, wohnt mit auf Schloß Crobnitz. Auch der Hausarzt des Herrn Feldmarschalls, General-Arzt Dr. Böger, kommt von Zeit zu Zeit von Berlin herüber. Am vorigen Freitag war auch der hiesige königl. Sanitätsrath, Herr Dr. Schnieper, bei dem Patienten. Alle drei Aerzte waren der Ansicht, daß der Krankheitszustand Hr. Excellenz zu besondern Besorgnissen keinen Anlaß gebe und gaben sich der Hoffnung hin, daß eine Besserung in dem Befinden bald eintreten werde. Der älteste Sohn des Herrn Feldmarschalls, Oberstleutnant von Noon, war dieser Tage, wie dies öfter geschieht, zum Besuch im Elternhause anwesend.

**Breslau, 30. Novbr., Nachts.** [Schwurgericht.] Vor den Geschworenen wurde heute der seinerzeit hieselbst allgemeines Aufsehen erregende Concur der Gebrüder M. verhandelt, indem die beiden Inhaber dieser Handlung, die Kaufleute M. M. und M. L. M. des betrüglichen Bankrotts, der ehemalige Bureauvorsteher Fleischmann, sowie die Kaufm. Benno und Johanna Wobländer (die Eheleute der Theilnahme an diesem Verbrechen angeklagt waren). Die hochinteressante Verhandlung, in welcher Herr Dr. Crämann von Seiten der Staatsanwaltschaft fungirte und die Angeklagten von den Herren Justizräthen von Dazur und Krug und Rechtsanwältin Zenker und Leonhard verteidigt wurden, dauerte von des Morgens um 9 Uhr dießmal den ganzen Tag hindurch bis zum anderen Morgen um 2 1/2 Uhr, und wurde nur durch eine 1 1/2 stündige Mittagspause und durch eine kurze Pause vor den Plaidoyers unterbrochen. Um Mitternacht, als am Ende der Verhandlungsbrede des Herrn Justizrath von Dazur das Publikum auf der dichtgedrängten Tribüne lebhaft Bravo rief, beantragte der Staatsanwalt die Räumung der Räumung, welche auf Befehl des Präsidenten ausgeführt wurde. Das Publikum entfernte sich nur ungern und unwillig, wie daraus hervorgeht, daß die die Räumung ausführenden Polizeibeamten, um Ruhe zu schaffen, wiederholt mit Verhaftung drohen mußten. Auch dann hielt das Publikum noch in großer Menge die Corridore bis zur Beendigung der Verhandlung besetzt. Als sich die Geschworenen zur Beratung zurückzogen, wurde dasselbe wieder eingelassen. Das Resultat der Verhandlung war, daß die Johanna Wobländer freigesprochen, die andern Angeklagten dagegen, und zwar mit Ausnahme des Fleischmann unter Annahme mildernder Umstände, verurtheilt wurden. Wir werden den Gang der Verhandlung auszußsweise demnächst mittheilen.

**Breslau, 28. November.** [Vortrag des Hofraths Dr. Rohlf.] Im kaufmännischen Vereine. Im großen Saale der neuen Börse hatten sich gestern Abend die Mitglieder des kaufmännischen Vereins nebst ihren Damen zahlreich versammelt, um einem Vortrage des bekannten Afrika-Reisenden, des Hofraths Dr. Rohlf, beizuwohnen. Nicht eine specielle Reisebeschreibung wollte er geben, wie Redner einleitend bemerkte, sondern mehr die handelspolitische und sociale Lage Afrika's in's Auge fassen. Wie dieser Erdtheil in Folge seiner eigenthümlichen Lage und klimatischen Verhältnisse noch unbekannt sei, so liegen in gleichem Maße auch noch die handelspolitischen und socialen Verhältnisse im Argen. Afrika exportire und importire am Wenigsten unter allen Erdtheilen, seitdem der Sklavenhandel vernichtet sei. Nur in Zanzibar werde noch Sklavenhandel betrieben, und auch da seien die Engländer eifrig bemüht, ihn auszurotten. Auch in Aegypten sei noch Sklavenhandel, aber ein sehr unbedeutender. In socialer Beziehung ständen die einzelnen Völkerstämme auf noch sehr niedriger Stufe; es gäbe z. B. noch Menschenfresser.

Beginnend mit einer geographischen Beschreibung des im Südwesten des Erdtheils gelegenen Marokko schildert Redner dasselbe als eins der reichsten Länder der Erde: dicker Humus in den Ebenen, schöne Kornfelder, wenn auch mangelhaft bestellt, üppige Wiesen, schöne Wälder. Zur Zeit der Römer galt es als die Kornkammer, jetzt dagegen liege es verödet. Die Ursache hiervon sei zu suchen in dem Haß und Fanatismus der Marokkaner gegen Andersgläubige. Wenn es Einzelnen, wie auch dem Redner, gelang, in das Innere des Landes einzudringen, so sei das sehr unmöglich geworden. Gegenwärtig herrsche vollständige Anarchie, wie in den anderen nordafrikanischen Staaten mit Ausnahme von Aegypten, wo eine feste Thronfolge eingeführt sei. Der gegenwärtige Herrscher, Muley-Hassan, ziehe von einer Stadt zur andern, um seine Nebenbuhler zu betriegen. Das Volk selbst und ebenso die Jugend stehe auf der tiefsten Stufe der Civilisation. Die Bedürfnisse der Einwohner seien sehr gering. In Betracht der Fruchtbarkeit des Landes seien auch die gewonnenen Producte gering zu nennen. Wenn es der Sultan erlaube, fände wohl auch eine Ausfuhr von einigen Artikeln statt. Die Einfuhr beschränke sich auf europäische Tuche, baumwollene Stoffe, Waffen (Solinger Schwerter). Den Thee trinken die Einwohner mit einigen einheimischen Pflanzen abgeseiht. Dem Haßschiff (canapis India) fröhnen sie leidenschaftlich. Derselbe werde entweder pulverisirt verschluckt, oder in Weisen getrunken, oder endlich als Abtuch getrunken. Es sei dies eine der schlimmsten und verderblichsten Leidenschaften. Die Hauptgesandtschaft und Folge des Genusses des Haßschiff sei die, daß man glaube, eigenthümlicher Weise zu schweben. Redner schilderte in bezeichnender Weise die Erfahrung, die er selbst durch einmaligen Genuss des Haßschiff gemacht habe. Irrig sei ferner die Meinung, daß die Frau daselbst Sklavinn sei. Der Mann verrichte die schwereren, das Weib dagegen die leichteren Arbeiten. Die industriellen Zweige liegen in den Händen der Juden. Diese selbst aber befänden sich in sehr gedrückter Lage. Abgeschloffen in ihren eigenen Vierteln seien sie allerhand kleinlichen Verationen ausgelegt. Es falle wohl auch dem Pascha ein, in das Viertel der Juden einzubrechen und sich der Habe derselben zu bemächtigen. Warum bleiben sie? Einerseits dürfen sie nicht auswandern, andererseits hält sie die Feindschaft. Das Land werde nach der Ansicht des Redners nicht eher civilisirt werden, als bis die religiösen Vorurtheile überwunden sein werden. Eher würden auch keine Handelsbeziehungen angeknüpft werden können, welche in Folge der Fruchtbarkeit des Landes und seines metallischen Reichthums wegen lebhaft sein würden.

**Algerien,** zu welchem Redner demnächst überging, leide an empfindlichem Wassermangel. Alle Flüsse verließen im Sommer, wenn auch einzelne Ebenen durch treffliche Canalisation bewässert werden. Es sei übrigens nicht richtig, zu behaupten, daß die Franzosen schlechte Colonisateure seien. Sie haben Eisenbahnen, gute Wege gebaut, ihre Güter prosperiren. Trotzdem liege das Land darnieder. Der Fehler der Franzosen liege in der Administration. Sie haben das Beispiel der Engländer in Amerika, wodurch dieselben dieses Land in kurzer Zeit auf eine hohe Stufe der Cultur gehoben haben, nicht befolgt, nämlich die Eingeborenen dahin zurückzudrängen, woher sie gekommen sind, hier in Afrika in die Sahara. Die Abicht der Franzosen, die Eingeborenen zu civilisiren, scheitern schon um des religiösen Fanatismus willen. Ein orthodoxer Katholicismus und ein starrer Muhamedanismus treten sich hier feindselig und unerböflich gegenüber.

In Tunis seien die Verhältnisse ebenso wie in Algerien. Das Land liege darnieder, nur große Massen Del producire es. Die Regierung sei eine schlechte. So lange nicht eine christliche Macht die Herrschaft antrete, werde das Land nicht emporblühen. Am natürlichsten wäre es, wenn Italien sich des Landes bemächtigte.

**Tripolitanien** biete dagegen ein bedeutend ungünstigeres Bild. Für Export erzeuge dieses Land so gut wie gar nichts. Was wir von dort beziehen, habe nur seinen Weg durch dieses Land genommen.

Dagegen sei Cyrenaica eine Perle zu nennen. So reich jedoch das Land sei, stände das Volk doch auf einer niedrigen Stufe der Cultur und Civilisation. Dies komme daher, weil das Volk ein nomadisches sei. Als solches habe es auch sehr wenig Bedürfnisse. Es beziehe von Europa höchstens alte Luntentinten, und davon auch nur die eisernen Rohre, während sie sich die hölzernen Schäfte selbst fabriciren.

**Aegypten,** welches vor 4000 Jahren eine für uns kaum vorstellbare Cultur gehabt habe, sei, wie Redner fortfährt, mit der muhamedanischen Invasion niedergegangen, bis im Anfange dieses Jahrhunderts Mehmed Ali zur Herrschaft gelangte. Wenn auch seine Nachfolger wieder unfähige Regenten waren, so habe das Land in seinem gegenwärtigen Vicoönig einen Herrscher erhalten, der für dasselbe in der That Tugendwerthes geleistet habe. Redner, welcher Aegypten 1869 das letzte Mal gesehen, kannte im Jahre 1873 das Land kaum wieder. Alexandria, welches damals noch einen vollständig orientalischen Charakter trug, habe jetzt ganz und gar das An-

sehen einer europäischen Stadt. Ueberall sind Eisenbahnen und gute Canalisation angelegt. Wenn man dem Vicoönig den Vorwurf der Ausfaltung der Einwohner mache, so müsse man erwidern, daß der Druck der Einwohner nicht fühlbar wird, weil sie seit Jahrzehnten nichts Besseres gewohnt sind. Eine Reichthum über die Ausgaben existire allerdings nicht. Und wenn auch der Vicoönig einen Theil der Einnahmen für seine Bedürfnisse in Anspruch nehme, so verwende er doch den größten Theil der Einnahme zum Nutzen und Vortheil des Landes. Ein Hauptverdienst des Vicoönigs sei vor Allem die Hebung des Volksunterrichts. Lehrer aus Deutschland, Frankreich und England würden von ihm zu diesem Zweck herangezogen. Er habe ferner die Frau emancipirt und Frauenschulen eingerichtet. Wenn daselbst auch noch Polygamie herrsche, so sei sie doch schon selten und an gewisse Bedingungen geknüpft. Der leichtsinnige Scheidung suche der Ehebede von Aegypten gegenwärtig durch einen neuen Gesetzentwurf zu begeben.

In Abyssinien schildert Redner die Zustände als sehr verwildert, trotzdem die Einwohner Christen seien und möglichst viel glauben. Die Noth und Demoralisation der Einwohner habe Redner namentlich in ihrem Kriege mit den Engländern wahrgenommen und erzählt als Beispiel, daß sie aus dem lebendigen Vieh, welches sie vor sich her trieben, Stücke von Fleisch herausgeschnitten haben.

Endlich führte Redner die Zuhörer noch nach Central-Afrika an den Tschad-See. Hier herrsche eine gewisse Cultur. Man beuge eine staatlichen Entwicklung, einer staatlichen Verfassung, einer Provinzialtheilung u. s. w. Rinder und Büffel seien in Menge vorhanden, und doch würde sich die Anlage einer Fleischexport-Fabrik nicht lohnen, weil der Transport die Ausfuhr zu kostspielig mache. Außerdem gebe es Eisenstein und Goldstaub und die Einwohner seien geübt in Goldsilberarbeiten. Das Einzige, was sich früher verlohnte, war der Sklavenhandel. Ein junges Mädchen kostete man für 40 Thlr., einen jungen Burschen für 30 Thlr. Der Export werde übrigens so lange darniederliegen, als nicht für ausreichendere Transportmittel gesorgt sei. Das weiße Del, welches wir unter dem Namen Provencer-Del und Palmen-Del verwenden, werde von hier bezogen.

Am Schluß seines Vortrages bezeugte Hr. Dr. Rohlf Afrika als ein Zukunftsland. Wenn erst die neuen Erdtheile ausgebeutet sein würden, dann werde auch Afrika erschlossen werden. Eine bessere Zeit werde für das Land anbrechen, wenn mit der Erschließung des Landes das Christenthum eingeführt werde.

**J. H. Breslau, 30. November.** [Pädagogischer Verein.] In der vorlesenen Sitzung beschäftigte sich der Verein mit der in den Breslauer Elementarschulen neu eingeführten Orthographie. Nachdem der Referent, Lehrer Kittlaus, die bedauerliche Verwirrung, welche in unserer deutschen Rechtschreibung eingetreten, in scharfen Zügen gezeichnet hatte, legte er in eingehender Weise den Charakter der hiesigen Orthographiereform dar. Er wies ausführlich nach, daß der Schritt, den die Breslauer Schulbehörde in Beziehung unserer Rechtschreibung gethan, unbedingt als ein Schritt zum Besseren zu begrüßen sei, wie aber leider die schwierige Frage der Rechtschreibung auch durch diese Maßnahmen nicht in wünschenswerther Weise ihre Lösung gefunden habe, wie vielmehr diese Reform auf halbem Wege stehen geblieben sei. — Der Verein betraute eine Commission mit der nochmaligen Verabredung dieser Frage nur wird über die Resultate dieser Beratungen später noch ausführlich berichtet werden. — In der letzten Sitzung vom 25. November besprach der Verein die „95 pädagogischen Thesen von Dr. Vogel in Pösdam.“ Referent war Lehrer W. Hübnert. Der Verfasser hat seine 95 Thesen auch in Wittenberg erscheinen lassen, und der Titel seiner Brochure zeigt das Bild der Schlosskirche für in der ehrwürdigen Lutherstadt. Dr. Vogel spricht in der Einleitung seine Hoffnung dahin aus, daß seine 95 Thesen „nicht ganz hinter ihren Vorbildern zurückbleiben werden“, wenn er sich dieser Hoffnung hingeben und geglaubt, daß seine 95 Thesen auch wie ihre Vorbilder wie ein Lauffeuer Deutschland durchfliegen und überall gewaltige Sensation hervorgerufen würden, daß mit dem Erscheinen der Dr. Vogel'schen Thesen eine neue Epoche für die Pädagogik beginnen würde, dann hat er sich nach des Vereines Ansicht gründlich geirrt. Der Verein hat trotz aller Nähe in den 95 Thesen nichts Besonderes entdecken können. Was Dr. Vogel da als Thesen in die Welt schleubt, darüber wird kein vernünftiger Pädagoge streiten. Wenn der Verfasser z. B. behauptet (These 19), daß „jeder rein mechanische Unterricht zu verwerfen sei“, oder in These 22 fordert: „Aller Unterricht muß streng methodisch ertheilt werden“, so sind das Streifen, über die sich Niemand erheben wird. Dr. Vogel bietet in seinen Thesen absolut Nichts Neues, und wo ja einmal eine neue Idee durchblitzt, da ist dieselbe entweder absurd (These 45 das Lesen von Märchen ist für Kinder nicht zu empfehlen, da es die ohnehin schon rege Phantasie derselben überreizt), oder unverständlich (These 14. Die Wirkung der Strafe muß möglichst eine negative und unmittelbar positive zugleich sein.“ Der Verein war mit dem Referenten froh, als er die 95. These hinter sich hatte.

**s. Waldenburg, 29. Novbr.** [Vortheile der jetzigen Witterung. — Vorbereitungen zu Christbefeuerungen. — Abschieds-Diner.] Das seit länger als acht Tagen thatschlich eingetretene Winterwetter ist hier von allen Seiten mit Freuden begrüßt worden. Abgesehen von der Schlittenbahn, die während der kurzen Zeit fleißig benutzt worden ist und Manchem ein Vergnügen gewährt hat, haben unsere Felder in den gesammelten Schneemassen ein schützendes Winterkleid erhalten. Was speciell unsere Stadt betrifft, so trägt die gegenwärtige Witterung nicht wenig zur Beseitigung des Wassermangels bei. Aus diesem Grunde wird es auch gern gesehen, daß seit gestern Abendswetter eingetreten ist. — Das Herannahen des Weihnachtsfestes ist Veranlassung, daß mehrere der hier bestehenden Vereine, sowie eine Anzahl Familien eine anerkennenswerthe Thätigkeit entwickeln, welche den Zweck hat, den Armen der Stadt eine Christfreude zu bereiten. Cantor Vogt in Altwasser bereitet mit dem unter seiner Leitung stehenden gemischten Gesangvereine ein großes Concert vor, in welchem „die Schöpfung“ zur Ausführung gelangt und, wie man hört, eine bedeutende Capacität aus Breslau mitwirken wird. Der Ertrag des Concerts ist zum Besten einer Weihnachtsbeförderung für die Armen in Altwasser bestimmt. — Einige hervorragende Persönlichkeiten von hier und aus der nächsten Umgegend laden zu einem Abschieds-Diner ein, welches am 15. December zu Ehren des aus dem Staatsdienste scheidenden königl. Lehr. Landraths v. Redlig-Neutkirch im „Schwarzen Hof“ hieselbst stattfinden soll.

**J. P. Glatz, 28. November.** [In der Sitzung des Kreis-Ausschusses] vom 26. gelangten u. A. folgende interessante Fälle zur Verhandlung: Der Maler und Hausbesitzer J. Suchs zu Reinerz, dem die Erlaubnis zum Bau eines neuen Logirhauses im Bade Reinerz unter der Bedingung ertheilt worden war, mindestens eine massive (unverbrännliche) Treppe anzulegen, hat diese Bedingung nicht vollständig erfüllt, sondern nur einen Theil der aus dem Erdgeschoß nach der ersten Etage seines 3 Stock hohen, 38 Zimmer enthaltenden Hauses, führenden Treppe massiv hergestellt, den zweiten Theil derselben, sowie die übrigen Treppen nur von Holz ausführen lassen. Es wurde ihm daher von Seiten der Polizeibehörde zu Reinerz mündlich Verfügung vom 16. October d. J. aufgegeben, die in seinem Neubau angelegten hölzernen Stiegen zu entfernen und durch massive zu ersetzen, andernfalls den Bau einzustellen und gemäß § 367, Nr. 15 des St.-G.-B. eine Strafe von 10 Thlrn. zu entrichten. Gegen diese Verfügung hat Suchs Widerspruch erhoben und die Entscheidung des Kreis-Ausschusses nachgefragt. Letzterer mußte jedoch mit Rücksicht auf die Bedingungen des Bauerlaubnisses, auf das Bad und seine Frequenz, ganz besonders auf Grund des § 35 der Baupolizeiordnung vom 1. Mai 1837, welcher die Anlage von mindestens ein er unverbrännlichen Treppe befehlt, die Beschwerde kostenpflichtig zurückweisen. Das Bauquantum wurde auf 920 Mark, der Kostenbetrag daher auf 6 Thaler 10 Silbergroschen festgesetzt. — Hierauf gelangte die Streitsache der Gemeinde Nieder-Hannsdorf wider den Grafen Anton von Magnis auf Ullersdorf wegen Unterhaltung der Wegestredes vor dem Eingange in die Glatz-Landener Chaussee bei Neuland bis zur Grenze des Kreselschen Bauerguts Nr. 1 zu Nieder-Hannsdorf zur Verhandlung. Die Gemeinde verlangt nämlich, daß das dem Grafen von Magnis gehörige Dominium Ober-Hannsdorf die in Rede stehende Wegestrede ganz allein im Stande halten müsse, weil sie auf dem Terrain des Freigutes Nr. 3 Nieder-Hannsdorf liege, letzteres aber zum selbstständigen Ortsbezirk Ober-Hannsdorf gehöre und weil Graf v. Magnis besagte Wegestrede seit länger als 40 Jahren, also seit rechtsverjährter Zeit auf seine alleinigen Kosten im Stande gehalten habe. Der Vertreter des Herrn Grafen bestritt die Richtigkeit dieser Ausführungen und behauptete, daß das Freigut Nr. 3 weder einen selbstständigen Ortsbezirk bilde, noch auch zum selbstständigen Ortsbezirk Ober-Hannsdorf gehöre, sondern jetzt wieder wie vor dem Jahre 1835 als Rusticalgut zum Gemeindeverbande gehöre und alle Gemeindefürsorge gemeinschaftlich mit der Gemeinde zu tragen habe. Zum Beweise hierüber berief er sich auf die vielen Verhandlungen, die früher schon in Angelegenheiten des Freibauergutes Nr. 3 gepflogen wurden. Aus denselben war zu entnehmen, daß gedachtes Gut vor mehreren 100 Jahren in den Besitz des Grafen v. Magnis übergegangen, aber bis zum Jahre 1835 der Gemeinde Nieder-Hannsdorf als Rusticalgut incorporirt geblieben ist. Erst in letzgenanntem Jahre wurde es mit Einwilligung der Gemeinde dem Dominium

Ober-Hannsdorf zugeschieden. In dieser Zuschreibung blieb es bis zum Jahre 1870, wo es in Folge einer Beschwerde der Gemeinde wieder als Rusticalgut derselben incorporirt und zur Tragung der Gemeindefürsorge verpflichtet wurde. Während der Zeit der Zuschreibung zum Dominium Ober-Hannsdorf hat allerdings der Besitzer desselben auch die in Rede stehende Wegestrede allein im Stande gehalten und auch im Stande halten müssen, es könne aber — führt der Vertreter des Grafen in längerer Deduction aus — von einem Verjährungsrecht hier keine Rede sein, weil der Besitz nicht nachgewiesen sei. Die Gemeinde habe das Forderungsrecht niemals geltend gemacht und der Graf sei niemals in der Lage gewesen, etwas Gefordert zu gewähren, d. h. die Gewährungspflicht auszuüben. Obervanz liege daher nicht vor, vielmehr sei der Fall ein ganz singulärer. Auch habe ja die Gemeinde alle auf das Freigut Nr. 3 vertheilten Gemeindefürgaben von dessen Besitzer erhoben, hierdurch aber bewiesen, daß die Gemeinde selbst es als Rusticalgut betrachte. — Der Kreis-Ausschuß beschloß, den Antrag der Gemeinde Nieder-Hannsdorf insoweit zurückzuweisen, als nach demselben der Besitzer des genannten Freigutes allein und ohne Beihilfe der Gemeinde qu. Wegestrede im Stande halten soll, dagegen denselben als zu allen Gemeindefürsorgebeiträgen verpflichtet zu erachten, weil eben das Freigut Nr. 3 im Jahr 1870 wieder als Rusticalgut dem Gemeindebezirk incorporirt worden sei, mithin zu allen spaunpflichtigen Lasten beizutragen habe. — Die von der Gemeinde zu tragenden Kosten wurden auf 3 Thlr. 10 Sgr. festgesetzt.

**\* Oslau, 30. November.** [Erinnerung an den Fürstenwald. — Theater. — Herren-Resource. — Recitation von Goethes Faust.] Der hiesige Gymnasiallehrer Herr Förster, welcher, wie den Besuchern der Kunstausstellung in Breslau wohl erinnerlich sein dürfte, auch den Pinsel recht wader zu führen versteht, hatte eine Partie des an Naturschönheiten so reichen Fürstenwaldes — die kaiserliche Fasanerie mit Umgebung — naturgetreu in Del gemalt. Das wohlgelungene, höchst ansprechende Bild, welches während der Anwesenheit Sr. Maj. in einem der kaiserl. Gemächer aufgestellt gefunden, hatte die Aufmerksamkeit des Kaisers in so hohem Grade erregt, daß derselbe längere Zeit, wie verlautet, vor demselben verweilte. Wenige Tage später fragte der Fürst von Pleß im Allerhöchsten Auftrage bei Herrn F., an, ob das Bild vertauscht sei? und auf die bejahende Antwort erfolgte bald Seitens des kgl. Hofmarschallamtes die Weisung, daselbst sofort einzufinden, da Se. Maj. den Ankauf desselben befohlen habe. Unser freudiger Mitbürger wird in dieser hohen Auszeichnung gewiß eine wohlthuende Anerkennung seines langjährigen treuen Wirkens finden, in welchem er redlich bemüht ist, bei seinen Schülern Kunstsinne anzuzuregen und zu entwickeln, während er selbst seine Mußstunden einzig der Kunstpflege widmet. — Um unseren Ort während der nächsten Wochen nicht ohne theatralische Genüsse zu lassen, hat Herr W. Felchner, Director vom Thalia-Theater in Breslau, sich entschlossen, mit den Mitgliedern desselben allwöchentlich hier eine Vorstellung auf der Bühne des Stern'schen Hotels zu geben. Die Eröffnung fand letzten Freitag, den 27. d. mit Kneifels Schwanke: „Der liebe Onkel“ statt. — Dienstag, den 24. d. hielt die im vorigen Jahre gegründete Herren-Resource ihren ersten diesjährigen Familienabend unter zahlreicher Betheiligung ab. Für den musikalischen Theil war die rühmlichst bekannte Violonistin Fräulein Kosubek, sowie mehrere andere geschätzte Dilettanten aus der Hauptstadt gewonnen, jedoch die mannigfachen Genüsse geboten wurden, denen sich ein heiteres Tanzprogramm anschloß. — Zum Besten des Stipendienfonds des hiesigen Gymnasiums kündigt Herr Emil Eve für Mittwoch, den 2. Dec. eine Recitation von Goethes Faust frei aus dem Gedächtniß an.

**tz. Brieg, 30. November.** [Männer-Gesang-Verein.] Wie bereits von anderer Seite in dieser Zeitung gemeldet wurde, hat am vergangenen Sonnabend das 22. Stiftungsfest des Männer-Gesang-Vereins stattgefunden. Die Größe des Vereines (75 Sänger und rund 170 zugehörige Mitglieder), der in Aussicht stehende besondere musikalische Genus, sowie die erstmalige Benutzung der durch den Erweiterungsbau des Schauspielhauses, dessen rasche Fertigstellung als besonderes Verdienst der Herren Stadtrath Verquert und Zimmermeister Süß allgemein anerkannt wird, neugeschaffenen Lokale ließen von vornherein eine äußerst rege Betheiligung erwarten. In der That waren denn auch sämtliche Räume bis auf den letzten Platz gefüllt und machten in ihrer geschmackvollen Decoration bei brillanter Beleuchtung einen überraschenden Eindruck. Besonders mitwirkend war dabei freilich eine Eigenthümlichkeit unserer Stadt, deren auch in der Zeitschrift „Daheim“ in einem Aufsatze von Herrn Graf Reichenbach kürzlich gedacht ist. Er sagt: „Wenn es sonst von Deutschland heißt, daß in Sachsen die schönsten Mädchen wachsen“, wie Rubla hierin seinen besonderen Ruf genießt, wie in Oesterreich, Graz und Leoben in diesem Punkte eine bevorzugte Stelle einnehmen, so kann der Brieger Local-Patriot mit gehobenen Gefühlen ausrufen: Von Schlesiens Frauen gebühret der Sieg — ganz sicher den holden Mädchen von Brieg!“ Der alternde Junggeselle, der tränkende Hypochonder, der finstere Grubler hätte gegenwärtig sein sollen, und es hätte wunderbar zugehen müssen, wenn er bei so viel Anmuth nicht andere Lebensanschauungen mit hinweggenommen hätte. Das Concert-Programm war ein äußerst gewähltes. „Das Grab im Judentum“ von Reiser, „Germanischer Siegesgesang“ von Grambach (beide mit Orchesterbegleitung), „Morgengebet“ von Jöllner und „Jung Werner“ von Rheinberger wurden vorzüglich zu Gehör gebracht. Einen wahren Beifallsturm aber riefen die Solo-Vorträge eines geschätzten Breslauer Gastes hervor, dessen Namen zu nennen leider gegebenes Versprechen verhindert. In heiterster Feststimmung bewegte sich nach dem Concert die wohl an 600 Personen zählende scherzende und tanzende Menge in Saal und Nebenräumen bis — zu später Morgenstunde. Herr Landrath v. Neuf und Stadterordnungsversteher Justizrath Wielisch waren als Ehrgäste gegenwärtig. Ihren Höpchnit erreichte die Festfreude, als bei Abington der von den Herren Lehrer Prox und Gärtler dem Verein gewidmeten trefflichen Festlied aus des letzteren die Strophe erklang:

Wenn nun Dein Kaiser Dich geehrt,  
Dein Lied sich huldvoll angehört,  
Wohl gar, recht brav den Sang genannt,  
Dann juble laut durchs ganze Land;  
Laß zum „Grüß Gott!“ erklingen noch:  
„Mein Kaiser Wilhelm lebe hoch!“

**— ch — Oypeln, 30. Novbr.** [Einweihung.] Die im Laufe dieses Jahres zu Schulenburg, hiesigen Kreises, neu erbaute evangelische Kapelle wurde am gestrigen 1. Advent-Sonntage feierlich eingeweiht. Als Gäste fungirten hierbei der Superintendenten-Verweser Geisler und Diakon Gottwald von hier, so wie Pastor prim. Kuske aus Löwen. Gegen 10 Uhr versammelte sich die evangelische Kirchengemeinde von Schulenburg, sowie zahlreiche Festtheilnehmer aus Oypeln, unter ihnen die Herren Reg.-Präsident v. Hagemeister, Ober-Reg.-Rath v. Neefe, Landrath Graf von Hargwisch, der Vorstand des Gustav-Adolph-Vereins und des Jungfrauen-Vereins, Mitglieder des Gemeinde-Kirchenraths u. A., in dem bisher zu gottesdienstlichen Zwecken benutzten Locale, woselbst nach Abington des Liedes: „Eine feste Burg“ der Pastor prim. Kuske herzlichlichen Abschied von der alten Stätte nahm. Unter dem Gesange des Liedes: „Wie soll ich Dich empfangen“ und unter dem Geläute der neuen Kirchenglocke begab sich die Gemeinde in die Kapelle. Vor derselben überreichte Herr v. Neefe dem Superintendenten-Verweser Geisler die Schlüssel, wünschend und bittend, daß in dem Gotteshause das Wort Gottes stets lauter und rein gelehrt, der Ort nie zu einer Stätte der Agitation gegen die Brüder und die Obrigkeit, sondern zu einer Friedensstätte werde, worauf dieser die Pforte öffnete. Die Gemeinde stimmte nun das Lied: „Allein Gott in der Höh sei Ehr“ an. Superintendent-Verweser Geisler weihte die Stätte zu einem Gotteshause und segnete den Segen des Höchsten herab. Ein Gebet beschloß den Weibeact. Nun folgten Liturgie und Predigt, gehalten vom Diakon Gottwald. Mehrere Sänger und Sängerinnen aus Oypeln brachten zwei Motetten zur Aufführung, die wesentlich zur Erhebung der Feier beitrugen. Nach 12 Uhr endete der Gottesdienst. — Die Kapelle ist vom Bauunternehmer Klich aus Oypeln erbaut, im Innern hell und geräumig, enthält 16 Sitzbänke, Altar, Kanzel, Sakristei und Chor. Das Harmonium ist aus der Fabrik von J. G. Gschwind in Stuttgart, die Glocke ist in der Metallwaarenfabrik von Lösch in Oypeln gegossen worden. Die Kosten zu dem Bau wurden theils vom Gustav-Adolph-Verein, theils durch freiwillige Gaben und Geschenke, theils durch die Gemeinde selbst aufgebracht.

**Karlruhe, 30. Novbr.** [Bei der heute stattgehabten Biehung der 35. Wulden-Lose] sind folgende Serien gezogen: 92, 252, 698, 1326, 1350, 1413, 1546, 1814, 3160, 3974, 4131, 4243, 4752, 5682, 5926, 6028, 6288, 6419, 7831, 7786.

[Eine Berichtigung.] wie sie an Originalität wohl kaum jemals übertroffen worden, finden wir in der Wiener „Neuen Freien Presse“. Wir erhalten, so schreibt das Blatt, mit dem Poststempel Wiener Neustadt folgende Schreiben: „Geehrte Redaction! In Ihrem Morgenblatte vom 10. N z

hemmer steht gedruckt, daß der Rod, welcher dem Dr. med. Hofer in einem Kaffeehaus, Alsterstraße 11, gestohlen worden ist, neu war. Dagegen muß ich protestieren, denn er dient wenigstens schon drei Winter. Hochachtungsvoll — der Dieb.

## Berliner Börse vom 30. November 1874.

Wechsel-Course.	
Amsterdam 200 Fl.	114 bz
do. do. 100 Fl.	57 1/2 bz
Frankfurt 100 M.	100 1/2 bz
London 100 L.	21 1/2 bz
Paris 100 Fr.	81 1/2 bz
Petersburg 100 R.	93 1/2 bz
Warschau 100 S.	94 1/2 bz
Wien 100 Fl.	91 1/2 bz
do. do. 100 Fl.	90 1/2 bz

Fonds- und Geld-Course.	
Freiw. Staats-Anleihe	105 1/2 bz
Staats-Anl. 4 1/2 %ige	105 1/2 bz
do. 4 %ige	100 1/2 bz
Staats-Schuldenscheine	91 1/2 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	129 1/2 bz
Börsen-Stadt-Oblig.	102 1/2 bz
Berliner . . . . .	102 1/2 bz
Pommersche . . . . .	97 1/2 bz
Possensche . . . . .	97 1/2 bz
Schlesische . . . . .	97 1/2 bz
Kur- u. Neumark. . . . .	97 1/2 bz
Pommersche . . . . .	97 1/2 bz
Possensche . . . . .	97 1/2 bz
Preussische . . . . .	97 1/2 bz
Westfäl. u. Rheinl. . . . .	97 1/2 bz
Sächsische . . . . .	97 1/2 bz
Schlesische . . . . .	97 1/2 bz
Badische Präm.-Anl.	117 B
Bayerische 4 % Anleihe	118 B
Coln-Mind.-Präm.-Anl.	104 B

Kurb. 40 Thlr.-Loose	76 1/2 G
Badische 3 1/2 % Thlr.-Loose	91 1/2 G
Braunsch. Präm.-Anleihe	23 1/2 G
Oldenburg. Loose	41 1/2 B
Louisd. 110 1/2 b	111 1/2 b
Ducaten 3 1/2 %	90 1/2 G
Sover. 6 1/2 %	90 1/2 G
Napoleons 5 1/2 %	90 1/2 G
Imperial 5 1/2 %	90 1/2 G
Dollars 1 1/2 %	90 1/2 G

Hypotheken-Certificat.	
Krupp'sche Präm.-Anl.	100 1/2 bz
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp.-Bk.	100 1/2 bz
Deutsche Hyp.-Bk. Pfd.	100 1/2 bz
Kündb. Cent.-Bd. G.	100 1/2 bz
Unkünd. do. (1872)	100 1/2 bz
do. rückbz. 110 1/2	100 1/2 bz
do. do. do. 4 1/2 %	99 1/2 bz
Unk. H. d. Pr. Bd. G.	100 1/2 bz
do. III. Em. do. 5 %	101 1/2 bz
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	99 1/2 bz
Hyp. Anth. Nord-G. C.B.	101 1/2 bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	102 1/2 G
Goth. Präm.-Pfd. I. Em.	100 1/2 bz
do. do. II. Em.	100 1/2 bz
do. 5 1/2 % Pfd. rückbz. 110 1/2	101 1/2 bz
do. 4 1/2 % do. m. 110 1/2	100 1/2 bz
Meininger Präm.-Pfd.	101 1/2 G
Oest. Silberpfdbr.	72 1/2 G
do. Hyp. Ord. Pfdbr.	87 1/2 G
Pfänd. Oest. Bd. G.	87 1/2 G
Schles. Oest. Pfdbr.	100 1/2 G
do. do. 4 1/2 %	94 1/2 G
Städt. Bod.-Cred. Pfdbr.	102 1/2 G
Wiener Silberpfdbr.	71 B

Ausländische Fonds.	
Oest. Silberrente . . . . .	108 1/2 et-1/2
do. Papierrente . . . . .	108 1/2 et-1/2
do. 5 1/2 % Präm.-Anl.	107 1/2 et-1/2
do. Lott.-Anl. v. 60	106 1/2 et-1/2
do. Credit-Loose . . . . .	113 1/2 G
do. 6 1/2 % Loose . . . . .	99 1/2 G
Russ. Präm.-Anl. v. 84	103 1/2 G
do. do. 1866	103 1/2 G
do. Bod.-Cred. Pfdbr.	80 1/2 G
Russ.-Pol. Schz.-Obl.	86 1/2 G
Poln. Liquid. III. Em.	82 1/2 G
Poln. Liquid. Pfandbr.	69 1/2 G
Amerik. 6 % Anl. v. 1882	97 1/2 G
do. do. v. 1885	101 1/2 G
do. 5 % Anleihe . . . . .	99 1/2 G
Französische Rente . . . . .	100 1/2 B
Ital. neue 5 % Anleihe	66 1/2 B
Ital. Tabak-Oblig. . . . .	98 1/2 G
Russ.-Grazier 100 Thlr. L.	82 1/2 B
Rumänische Anleihe . . . . .	103 1/2 B
Türkische Anleihe . . . . .	43 1/2 G
Ung. 5 % St.-Eisenb.-Anl.	74 1/2 G
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Finnische 10 Thlr.-Loose	12 1/2 B
Türken Loose 12 1/2	12 1/2 B

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.	
Berg-Mark. Serie II. . . . .	99 1/2 G
do. III. v. St. 3 1/2 %	84 1/2 G
do. do. VI. 4 1/2 %	99 1/2 G
do. Hess. Nordbahn	102 1/2 G
Berlin-Görlitz . . . . .	98 1/2 G
do. . . . .	98 1/2 G
Breslau-Freib. Ldt. D. 4 1/2 %	99 1/2 G
do. do. H. 4 1/2 %	99 1/2 G
Coln-Minden . . . . .	111 1/2 G
do. do. IV. 4 1/2 %	93 1/2 G
do. do. V. 4 1/2 %	93 1/2 G
Halle-Sorau-Guben . . . . .	98 1/2 G
Hannover-Altenbeken	101 1/2 G
Märkisch-Posen . . . . .	101 1/2 G
N.-M. Staats-I. Ser. 4 1/2 %	97 1/2 G
do. do. II. Ser. 4 1/2 %	94 1/2 G
do. do. Obl. II. L. 4 1/2 %	96 1/2 G
do. do. III. Ser. 4 1/2 %	99 1/2 G
Oberschles. A. . . . .	—
do. B. . . . .	93 1/2 G
do. C. . . . .	93 1/2 G
do. D. . . . .	93 1/2 G
do. E. . . . .	85 G
do. F. . . . .	100 1/2 G
do. G. . . . .	100 1/2 G
do. H. . . . .	101 1/2 B
do. von 1873 . . . . .	92 B
do. von 1874 . . . . .	99 1/2 B
do. Brieg-Neisse . . . . .	99 1/2 B
do. Cosel-Oderb. . . . .	—
do. do. 103 1/2 B	103 1/2 B
do. Stargard-Posen . . . . .	—
do. do. II. Em. 4 1/2 %	—
do. do. III. Em. 4 1/2 %	—
do. Narschl. Zwgb. 3 1/2 %	80 1/2 B
Ostpreuss. Südbahn . . . . .	103 1/2 B
Rechte-Oder-Über-B. . . . .	103 1/2 B
Schlesw. Eisenbahn . . . . .	98 1/2 G

do. C. . . . .	4	93 $\frac{1}{2}$ G
do. E. . . . .	4	85 G
do. F. . . . .	3 $\frac{1}{2}$	100 $\frac{1}{2}$ G
do. G. . . . .	4 $\frac{1}{2}$	100 bz
do. H. . . . .	4 $\frac{1}{2}$	101 bz B
do. . . . .	5 $\frac{1}{2}$	103 $\frac{1}{2}$ G
do. von 1873. . .	4	92 B
do. von 1874. . .	4 $\frac{1}{2}$	99 $\frac{1}{2}$ bzB
do. Brieg-Neisse .	4 $\frac{1}{2}$	99 $\frac{1}{2}$ bzB
do. Cosel-Oderb. .	4	—
do. do. . . . .	5	103 $\frac{1}{2}$ bzG
do. Stargard-Posen.	4	—
do. do. II. Em. . .	4 $\frac{1}{2}$	—
do. do. III. Em. .	4 $\frac{1}{2}$	—
do. Nürschl. Zwgb.	3 $\frac{1}{2}$	80 $\frac{1}{2}$ B
Ostpreuss. Südbahn.	5	—
Rechte-Oder- Ufer-B.	5	103 $\frac{1}{2}$ bzB
Schlesw. Eisenbahn.	4 $\frac{1}{2}$	98 $\frac{1}{2}$ G
Chemnitz-Komotau .	5	56 G
Dux-Bodenbach . . .	5	83 B
do. II. Emission. .	5	71 $\frac{1}{2}$ bzG
Prag-Dux . . . . .	fr.	35 $\frac{1}{2}$ G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	94 $\frac{1}{2}$ bzB
do. do. neue . . .	5	93 $\frac{1}{2}$ G
Kaschau-Oderberg . .	5	57 bzG
Ung. Nordostbahn . .	5	65 bzB
Ung. Ostbahn . . . .	5	62 bzB
Lemberg-Czernowitz .	1	71 bz
do. do. II. . . . .	5	77 $\frac{1}{2}$ bz
do. do. III. . . . .	5	72 $\frac{1}{2}$ bz
Mährische Grenzbahn .	5	71 $\frac{1}{2}$ G
Mähr-Schl. Centralbahn	fr.	29 G
do. neue fr. . . . .	3	34 G
Kronpr. Rudolph-Bahn .	5	85 $\frac{1}{2}$ G
Oesterr.-Französisch .	3	316 $\frac{1}{2}$ bzG
do. do. neue . . . .	3	308 $\frac{1}{2}$ bzG
do. südl. Staatsbahn .	3	249 bzB
do. neue . . . . .	3	249 bzB
do. Obligationen . .	5	86 $\frac{1}{2}$ bzB
Warschau-Wien II. . .	5	88 $\frac{1}{2}$ bz
do. III. . . . .	5	97 G
do. IV. . . . .	5	95 $\frac{1}{2}$ bz